

Situations- und Ressourcenanalyse

für die Pfd Hansestadt Lüneburg

Impressum

Januar 2026
erstellt durch

Ibis Institut
Bismarckstraße 120
47057 Duisburg

im Auftrag der Hansestadt Lüneburg in Kooperation mit der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung.

Autor*innen:
Mareike Schmidt (M.A. Sozialwissenschaften), Frank Jessen (Diplom-Soziologe)

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser
Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



**Hansestadt
Lüneburg**

Die Durchführung der Analyse wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert. Die Hansestadt Lüneburg setzt das Förderprogramm seit 2015 in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartner:innen um.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
1. Einleitung	5
2. Analyse der Ist-Situation	6
2.1 Raumkontext	6
2.2 Zentrale Problemlagen in der Hansestadt Lüneburg	10
2.2.1 Wahrnehmungen zum alltäglichen Zusammenleben aus Sicht Jugendlicher	10
2.2.2 Polarisierung, Vielfaltskonflikte und zunehmende Demokratie-Skepsis	11
2.2.3 Radikalisierungsdynamiken bei Kindern und Jugendlichen	12
2.2.4 Demokratiefeindliche und extremistische Strukturen und Vorfälle	13
2.2.5 Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und Diskriminierung	14
2.2.6 Sozialräumliche Verortung und Verdichtung der Problemlagen	15
2.2.7 Ungleiche Zugänge zu Beteiligung und Demokratieförderung	17
2.2.8 Zusammenfassung und Entwicklungsszenarien	18
2.3 Ursachen, Kontext- und Rahmenbedingungen	19
2.3.1 Ursachen der Problemlagen	19
2.3.2 Lokale Kontext- und Rahmenbedingungen	20
2.3.3 Erschwerende Akteur*innen, Netzwerke und Strukturen	20
3. Analyse der Ressourcen, Entwicklungsbedarfe und -potenziale	22
3.1 Akteur*innen, Strukturen und Netzwerke	22
3.1.1 Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft	22
3.1.2 Kommunale Akteur*innen und Institutionen	22
3.2 Darstellung der Bedarfe und Potenziale	24
3.2.1 Stärkung von Kooperation, Koordination und Transparenz	24
3.2.2 Sicherung und Professionalisierung von Strukturen	25
3.2.3 Entwicklung von Schutz- und Handlungskonzepten	26
3.2.4 Überregionale Vernetzungspotenziale	26
3.3 Beteiligung und Teilhabe: vorhandene Formate und Reichweite	28
3.4 Ausblick: Weiterentwicklung der Demokratieförderung	30
4. Fazit	32
5. Literatur- und Quellenverzeichnis	33
6. Anhang	34

Abbildungsverzeichnis

Nr.	Beschreibung	Seite
1	Lage der Hansestadt Lüneburg im Landkreis Lüneburg	6
2	Anzahl ausländische Staatsangehörige in der Hansestadt Lüneburg	7
3	Bevölkerungsdichte nach Stadtteilen im Jahr 2022	7
4	Ergebnisse Bundestagswahl 2025 Hansestadt Lüneburg (Zweitstimmen)	8
5	Ergebnis Onlineumfrage: „Was findest du: Was sollte sich in den nächsten Jahren in Lüneburg verändern oder verbessern?“	10
6	Ergebnis Onlineumfrage: „Wo bekommst du Infos zu Themen wie Respekt, gutem Miteinander oder Demokratie?“	12
7	Politisch motivierte Kriminalität (Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen)	14
8	Ergebnis Onlineumfrage: „Hast du schon einmal erlebt, dass Menschen ausgeschlossen oder unfair behandelt wurden?“	14
9	Ergebnis Onlineumfrage: „Diskriminierung: Worum ging es?“	15
10	Ergebnis Onlineumfrage: „Könntest du dir vorstellen, dich für Respekt, ein gutes Miteinander und Demokratie in Lüneburg einzusetzen oder dabei mitzumachen?“	30
11	Ergebnis Onlineumfrage: „Wenn ja, wie oder wo könntest du dir vorstellen, mitzumachen?“	30

1. Einleitung

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse (S&R-Analyse) bildet die **fachliche Grundlage für die strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie Hansestadt Lüneburg**. Ziel der Analyse ist es, die aktuellen kommunalen Problemlagen, vorhandenen Ressourcen sowie Potenziale systematisch sichtbar zu machen und auf dieser Basis ein bedarfsorientiertes Handlungskonzept zu entwickeln.

Die S&R-Analyse wurde als **Mixed-Methods-Studie** durchgeführt. Das Verfahren folgt dem sozialwissenschaftlichen Prinzip der Methoden-Triangulation (Flick 2011) und verbindet qualitative mit quantitativen Daten.

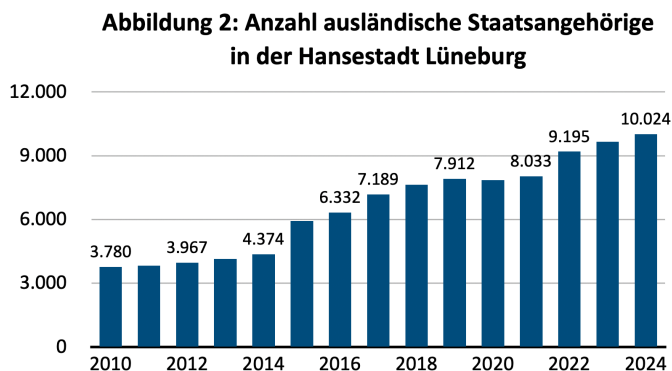
Die Erhebungen fanden im Zeitraum von Juni bis Oktober 2025 statt. Dabei wurden zunächst kommunale, regionale und wissenschaftliche **Dokumente und Daten systematisch ausgewertet**. Zudem wurden insgesamt **11 leitfadengestützte Expert*inneninterviews** durchgeführt, um die Einschätzungen und das Erfahrungswissen lokal aktiver Akteur*innen systematisch einzubeziehen. Der Leitfaden orientierte sich an Meuser & Nagel (1997, 2005) und ermöglichte narrative, theoriegenerierende Datenerhebung. Die Auswahl der Expert*innen erfolgte in Abstimmung mit der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie Lüneburg und dem Gleichstellungsbüro der Hansestadt Lüneburg. Ziel war es, möglichst viele unterschiedliche Perspektiven, z.B. aus Verwaltung, Schule und Bildung, freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden, Zivilgesellschaft und Vereinen, einzubeziehen. Ergänzend wurde ein **Fokusgruppeninterview mit Vertreter*innen der Schul- und Jugendsozialarbeit** aus der Hansestadt Lüneburg durchgeführt, um insbesondere fachliche Einschätzungen aus dem schulischen und außerschulischen Jugendbereich zu vertiefen.

Parallel dazu erfolgte eine **Onlinebefragung für Schüler*innen in der Hansestadt Lüneburg**, die insgesamt 217 Personen vollständig abgeschlossen haben, die Mehrheit davon zwischen 14 bis 17 Jahren (59,6 %). (s. Anhang: Daten zu den Teilnehmenden der Onlineumfrage). Weitere 39 Teilnehmende haben die Umfrage nicht bis zum Ende ausgefüllt. Deren Antworten wurden jedoch bis zum jeweiligen Abbruchpunkt in die Auswertung einbezogen, sodass die Fallzahlen (n) je nach Frage variieren können.

Hinweis zur Interpretation der Onlineumfrage: Die Umfrage basierte auf freiwilliger Teilnahme und stellt daher keine repräsentative Stichprobe dar. Bestimmte Gruppen – etwa Jugendliche mit geringer digitaler Reichweite oder geringer thematischer Affinität – könnten unter- bzw. überrepräsentiert sein. Die Ergebnisse erlauben somit keine statistisch generalisierbaren Aussagen, bieten jedoch ein Stimmungsbild zu Wahrnehmungen, Herausforderungen und Erfahrungen von jungen Menschen in Lüneburg. In Kombination mit den qualitativen Interviews tragen sie wesentlich dazu bei, lokale Problemlagen, Einstellungen und Bedarfe sichtbar zu machen.

Die Ergebnisse wurden integriert ausgewertet, um Muster zu identifizieren, Befunde zu validieren und wechselseitige Ergänzungen zwischen qualitativen und quantitativen Daten herauszuarbeiten. Diese Triangulation erhöht die Validität der Analyse und ermöglicht eine umfassende Abbildung der demokratierelevanten Ausgangslage in Lüneburg.

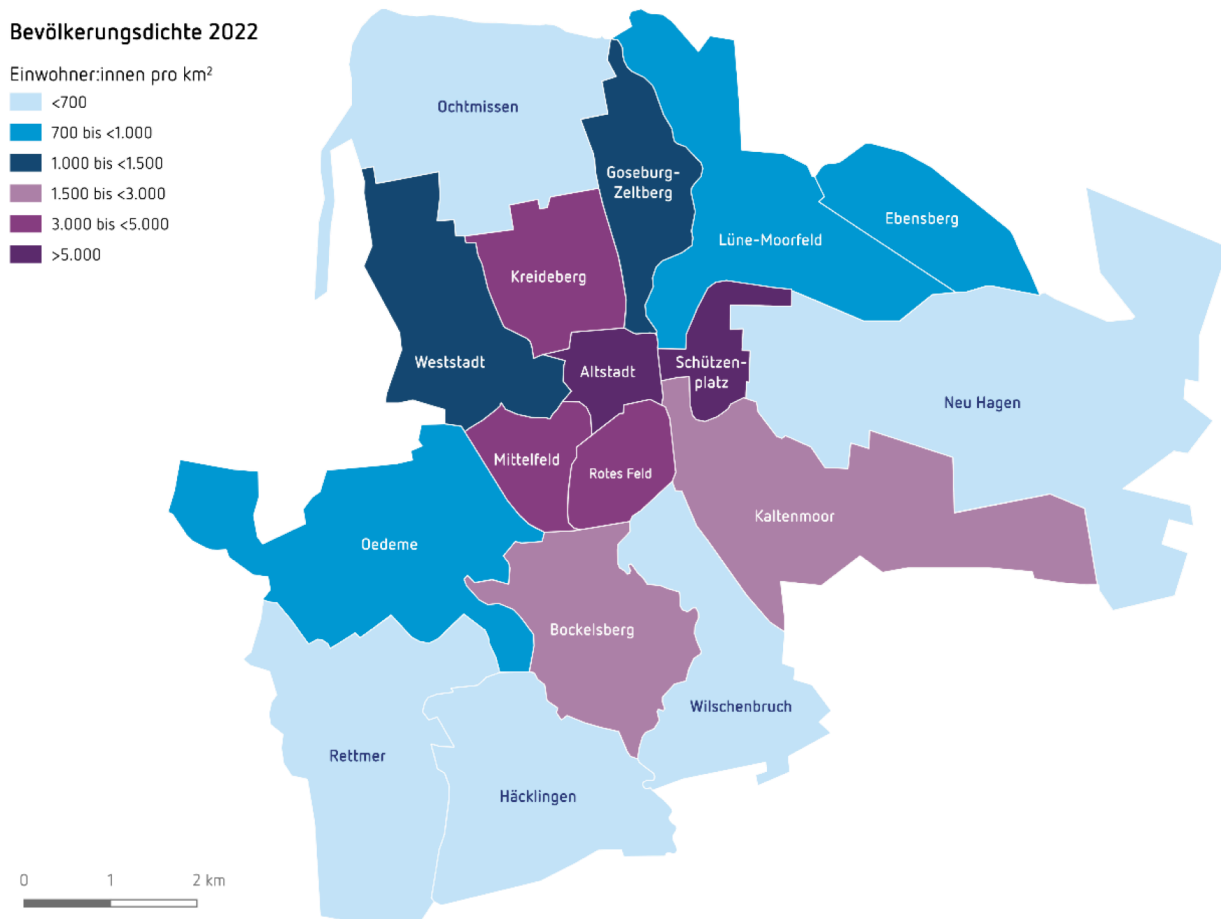
Insgesamt weist Lüneburg eine zunehmend **vielfältige Bevölkerungsstruktur** auf. Ende 2024 lebten rund 10.000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Stadt, was einem Anteil von etwa 12,6 % an der Gesamtbevölkerung entspricht.⁴ Die Zahl der Einwohner*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist seit 2010 stetig angestiegen und hat sich insbesondere in den Jahren 2015 und 2022 stark erhöht (s. Abb. 2).⁵



Quelle: Bürger- und Migrationsservice der Hansestadt Lüneburg: Bevölkerungsstatistik, Stichtag 31.12.2024.

Insgesamt umfasst die Hansestadt Lüneburg **17 Stadtteile** mit unterschiedlich hoher Bevölkerungsdichte. Die zentrumsnahen Stadtteile rund um die Innenstadt besitzen eine höhere Bevölkerungsdichte als die Stadtteile und Ortschaften am Stadtrand (s. Abb. 3).

Abbildung 3: Bevölkerungsdichte nach Stadtteilen im Jahr 2022



Quelle: Hansestadt Lüneburg (Hrsg.) 2024: *NUMP Analysebericht*, Abb. 9, S. 17. abrufbar unter: https://www.hansestadt-lueneburg.de/Resources/Persistent/9/b/f/e/9bfe7f4606822a92ddc6003b66eaa079727e54d3/NUMP_Analysebericht_2024.pdf (zuletzt: 11.01.2026).

⁴ Bürger- und Migrationsservice der Hansestadt Lüneburg: Bevölkerungsstatistik, Stichtag 31.12.2024.

⁵ Vgl. ebd.

Darüber hinaus weisen einige Stadtteile eine besonders hohe soziale und kulturelle Diversität auf, während andere stärker homogen geprägt sind. Diese räumlichen Unterschiede werden in den Interviews mit ungleichen Teilhabechancen, Stigmatisierungserfahrungen und sozialen Spannungen in Verbindung gebracht. Besonders häufig wird in diesem Zusammenhang der Stadtteil Kaltenmoor erwähnt, der als Sozialraum mit multiplen Herausforderungen beschrieben wird (s. dazu Abschnitt 2.2.6).

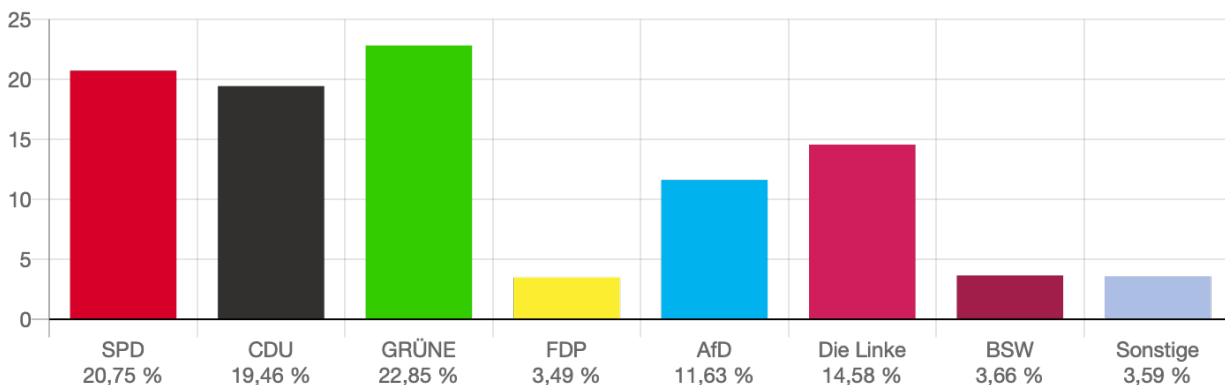
Des Weiteren ist der Raumkontext Lüneburgs durch eine ausgeprägte „Trennung“ zwischen Innenstadt und einzelnen Stadtteilen gekennzeichnet. Mehrere Interviewpartner*innen weisen darauf hin, dass sich politisches, kulturelles und soziales Leben stark auf die Innenstadt konzentriert, während andere Stadtteile – insbesondere solche mit sozialen Problemlagen – weniger sichtbar sind und geringere Zugänge zu Beteiligungsformaten haben:

*Zitat Expert*in: „Das Leben findet parallel statt. In Lüneburg spielt sich sehr viel in der Innenstadt ab.“*

Diese Struktur erschwert Begegnung, Austausch und niedrigschwellige Beteiligung und trägt zur Herausbildung eines „**Nebeneinanders**“ von unterschiedlichen sozialen Milieus bei.

Auch der politische Raumkontext ist für das gesellschaftliche Klima in Lüneburg von Bedeutung. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 (Zweitstimmen) verdeutlichen eine **plural strukturierte politische Landschaft**, in der unterschiedliche politische Positionen sichtbar vertreten sind (s. Abb. 4).

Abbildung 4: Ergebnisse Bundestagswahl 2025 Hansestadt Lüneburg (Zweitstimmen)



Quelle: VoteManager KDO, Präsentation der Bundestagswahl 2025 für die Hansestadt Lüneburg, abrufbar unter: <https://votemanager.kdo.de/20250223/03355022/praesentation/> (zuletzt: 08.01.2026).

Einerseits ist Lüneburg politisch durch eine vergleichsweise starke grüne Prägung gekennzeichnet, die mit Themen wie sozialer Gerechtigkeit, einer offenen Grundhaltung gegenüber Vielfalt sowie einem hohen Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement verbunden wird. In den Interviews wird in diesem Zusammenhang auf eine breite und gut vernetzte Akteurslandschaft sowie auf langjährig etablierte Strukturen der Demokratieförderung verwiesen, die das Engagement vor Ort stützen und stabilisieren.

Gleichzeitig wird Lüneburg vielfach als konservativ bis gutbürgerlich eingeordnet, mit einer langen Tradition etablierter sozialer und wirtschaftlicher Strukturen, die teilweise als veränderungsresistent beschrieben werden:

*Zitat Expert*in: „Wir sind schon eher konservativ hier (...) Die Menschen, die hier groß geworden sind, haben sich etabliert, man kennt sich (...) es ist eine kleine Stadt, wo viele Traditionen noch gelebt werden.“*

Mehrere Interviewpartner*innen betonen, dass diese gewachsenen Strukturen den Zugang für neue Bevölkerungsgruppen, migrantische Perspektiven und gesellschaftliche Veränderungen erschweren. So wird mehrfach beschrieben, dass Andersartigkeit zwar geduldet wurde, echte Gleichberechtigung jedoch häufig „erkämpft“ werden musste:

*Zitat Expert*in: „Man wurde toleriert, aber nicht akzeptiert. Bis zu einem bestimmten Grad wurde dir alles präsentiert, aber alles weitere musste man sich erkämpfen.“*

Obwohl sich die Stadtgesellschaft in den vergangenen Jahren sichtbar verändert hat, wird weiterhin wahrgenommen, dass Akzeptanz von Vielfalt nicht durchgängig selbstverständlich ist und gleichberechtigte Teilhabe für bestimmte Gruppen nach wie vor mit besonderem Einsatz verbunden ist.

Insgesamt lässt sich daher festhalten, dass der Raumkontext der Hansestadt Lüneburg von **widersprüchlichen Entwicklungen** geprägt ist: von Dynamik und Beharrung, Offenheit und Abgrenzung sowie Vielfalt und struktureller Ungleichheit.

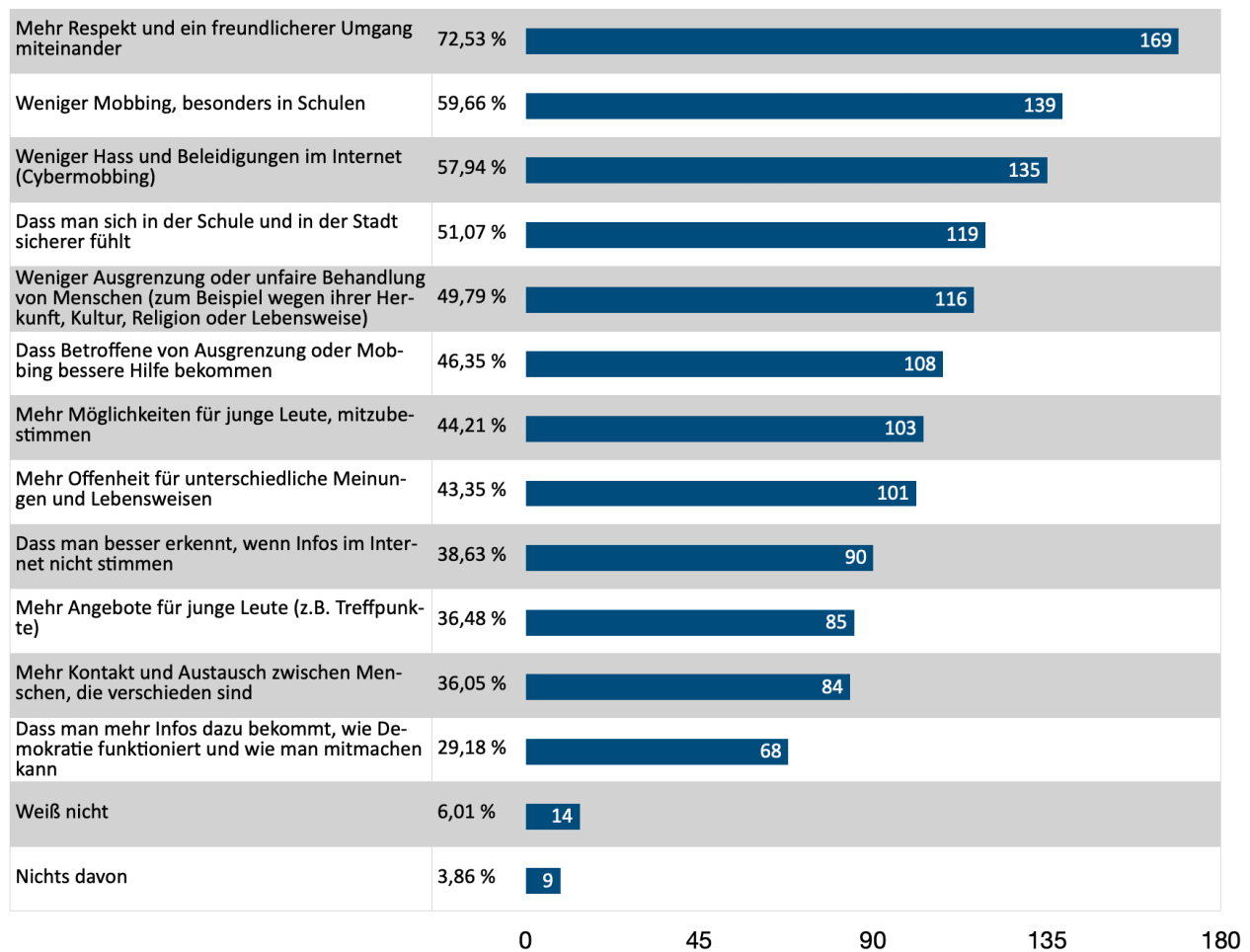
2.2 Zentrale Problemlagen in der Hansestadt Lüneburg

Die Hansestadt Lüneburg ist mit verschiedenen ineinandergreifenden Problemlagen konfrontiert, die zentrale Zielsetzungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ berühren. Diese Problemlagen äußern sich häufig nicht punktuell oder isoliert, sondern als gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die sich in unterschiedlichen Kontexten, sei es im Alltag, in Institutionen oder in digitalen Räumen, niederschlagen. Im Folgenden werden diese Problemlagen näher beleuchtet und durch empirische Befunde aus den qualitativen und quantitativen Erhebungen konkretisiert.

2.2.1 Wahrnehmungen zum alltäglichen Zusammenleben aus Sicht Jugendlicher

Ein erster Zugang zu den zentralen Problemlagen ergibt sich aus den Ergebnissen der Onlineumfrage unter Schüler*innen. Diese verdeutlichen, welche Themen aus Sicht junger Menschen in den kommenden Jahren in Lüneburg besonders veränderungs- und verbesserungsbedürftig sind. Wie Abbildung 5 zeigt, beziehen sich die am häufigsten genannten Anliegen auf grundlegende Fragen des alltäglichen Zusammenlebens.

Abbildung 5: Was findest du: Was sollte sich in den nächsten Jahren in Lüneburg verändern oder verbessern? (Mehrfachauswahl möglich) n=233



Am häufigsten wird der Wunsch nach mehr Respekt und einem freundlicheren Umgang miteinander genannt (72,53 %). Ebenfalls sehr hohe Zustimmungswerte erhalten die Reduzierung von Mobbing, insbesondere im schulischen Kontext (59,66 %), sowie von Hass und Beleidigungen im Internet (Cybermobbing) (57,94 %). Mehr als jede*r zweite Befragte (51,07 %) betont zudem, dass es wichtig sei, sich sowohl in der Schule als auch im öffentlichen Raum sicherer zu fühlen.

Darüber hinaus wünschen sich knapp die Hälfte der Jugendlichen (49,79 %) weniger Ausgrenzung oder unfaire Behandlung von Menschen, etwa aufgrund von Herkunft, Kultur, Religion oder

Lebensweise. 46,35 % sprechen sich zudem für bessere Unterstützungsangebote für Betroffene von Mobbing oder Diskriminierung aus.

Fragen der demokratischen Teilhabe und Mitbestimmung werden ebenfalls als relevant eingeschätzt, nehmen im Vergleich zu den sozialen Alltagsthemen jedoch einen nachgeordneten Stellenwert ein. So wünschen sich 44,21 % der Befragten mehr Möglichkeiten für junge Menschen, mitzubestimmen, während 29,18 % angeben, dass sie mehr Informationen darüber benötigen, wie Demokratie funktioniert und wie man sich beteiligen kann.

Die offenen Antworten der Onlineumfrage konkretisieren diese Befunde. Häufig werden Beleidigungen und respektloses Verhalten genannt. Darunter fallen allgemeine Beschreibungen von Unfreundlichkeit, Beschimpfungen sowie ein als respektlos wahrgenommener Umgang miteinander. Ebenfalls häufig thematisiert wurden Mobbing und Ausgrenzung. Die Jugendlichen berichten von wiederholtem Ärgern, Ausgeschlossenwerden und gezieltem Mobbing. In mehreren Antworten wird zudem kritisiert, dass es insbesondere in der Schule an angemessenen Reaktionen auf Konflikte, Mobbing oder Diskriminierung mangle. Genannt werden unter anderem Wegschauen, Überforderung oder fehlendes Eingreifen von Lehrkräften.

Insgesamt wird damit deutlich, dass Jugendliche die zentralen Herausforderungen des Zusammenlebens in Lüneburg vor allem im alltäglichen sozialen Miteinander verorten. Demokratie und Beteiligung werden dabei häufig indirekt über Fragen von Respekt, Sicherheit und fairer Behandlung verhandelt.

2.2.2 Polarisierung, Vielfaltskonflikte und zunehmende Demokratie-Skepsis

In den offenen Antworten der Onlineumfrage finden sich auch zahlreiche Hinweise auf ein polarisiertes Diskursklima. Einerseits benennen und kritisieren zahlreiche Teilnehmer*innen eine zunehmende Sichtbarkeit vielfaltsablehnender oder rechtsextremer Symbole und Einflüsse (z.B. im öffentlichen Raum, in Schulen oder sozialen Medien). Andererseits enthalten einzelne Antworten selbst Zuschreibungen, in denen Migration, religiöse Vielfalt oder progressive politische Positionen als Überforderung oder Bedrohung dargestellt werden. Aussagen und Begriffe wie „*Bevormundung*“, „*zu viel Migration*“ oder „*zu wenig Werte der Aufklärung*“ verweisen auf vielfaltsablehnende Haltungen und eine Wahrnehmung von gesellschaftlichen Veränderungen als Gefahr.

Parallel dazu wird in den qualitativen Interviews ein zunehmender gesellschaftlicher Rechtsdruck beschrieben, der weniger durch einzelne extreme Ereignisse als durch eine veränderte Grundstimmung und eine Verrohung der Kommunikationskultur gekennzeichnet ist. Abwertende, pauschalisierende oder demokratiefeindliche Aussagen würden immer häufiger offen geäußert und seltener sanktioniert:

*Zitat Expert*in: „Die innere Barriere, Dinge auszusprechen, ist gefallen.“*

Zudem gibt es aus Sicht der Interviewpartner*innen eine wachsende Verunsicherung im Umgang mit (migrationsbedingter) Vielfalt. So wird beschrieben, dass Sorgen und Ängste auch ohne konkrete eigene Erfahrungen zunehmen. Besonders bei älteren Menschen werde dies häufig sichtbar:

*Zitat Expert*in: „Da fallen dann Sätze wie: ‚In Lüneburg kann man nachts gar nicht mehr auf die Straße gehen.‘ Wenn ich nach konkreten Vorfällen frage, kommt da nichts, aber diese Angst ist sehr stark.“*

Fachkräfte aus dem frühpädagogischen Bereich berichten darüber hinaus von elterlich beförderten Segregationstendenzen. Während Krippeneinrichtungen noch als vergleichsweise heterogen beschrieben werden, entscheiden sich viele Eltern ohne Migrationsgeschichte im Kita- und Schulbereich gezielt für Einrichtungen mit überwiegend „deutsch“ geprägtem Umfeld.

Insgesamt verweisen diese Beobachtungen auf ein Klima, das von zunehmenden Konflikten, Unsicherheiten und Ängsten geprägt ist. Damit einher geht eine wachsende Skepsis gegenüber demokratischen Prozessen. Nach Einschätzung der befragten Expert*innen wird Demokratie von Tei-

len der Bevölkerung als abstrakt, schwer zugänglich oder wirkungslos wahrgenommen. Zudem wird berichtet, dass demokratisches Engagement immer häufiger offen infrage gestellt wird und ihnen im öffentlichen Raum (z.B. im Rahmen der Lüneburger Wochen gegen Rassismus) mit Ablehnung begegnet wird:

*Zitat Expert*in: „Man wird manchmal direkt von Menschen angesprochen: ‚Warum macht ihr das eigentlich? Das hat doch alles gar keinen Sinn! Ihr werdet noch sehen, dass das alles Quatsch ist‘. Das war zum Teil ein sehr aggressives Auftreten von diesen Personen.“*

Diese Haltung ist häufig mit dem Eindruck mangelnder politischer Wirksamkeit verbunden. So wird in den Interviews wiederholt beschrieben, dass politische Entscheidungen als fern und wenig beeinflussbar wahrgenommen werden („Die da oben, die machen doch eh, was sie wollen.“) und sich daraus eine resignative Grundhaltung gegenüber dem demokratischen System entwickelt.

2.2.3 Radikalisierungsdynamiken bei Kindern und Jugendlichen

Als eigenständige und besonders dynamische Problemlage wird in den Interviews der Bereich Kinder und Jugendliche hervorgehoben. Mehrere Expert*innen berichten, dass rechtsextreme, rassistische und queerfeindliche Aussagen und Vorfälle zunehmend bereits bei jüngeren Altersgruppen – teilweise schon im Kindesalter – auffallen.

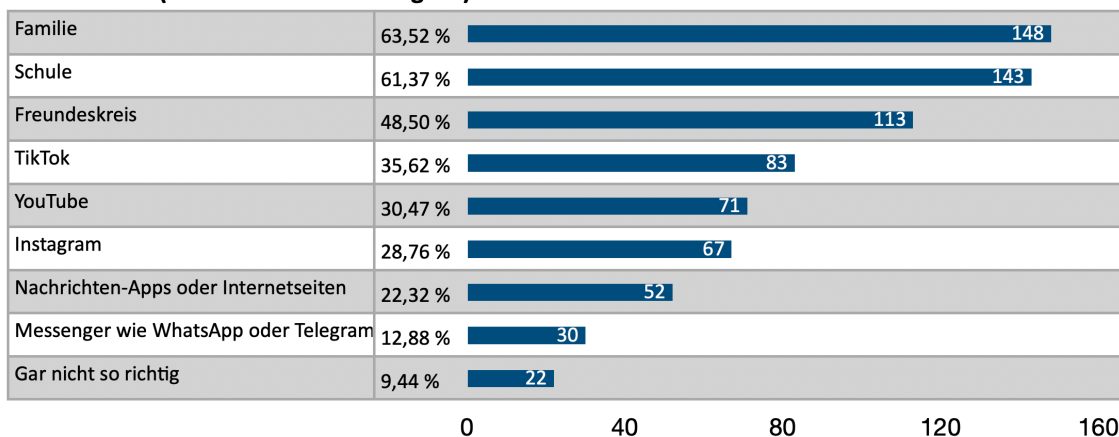
*Zitat Expert*in: „Wir haben einen Umbruch in der rechten Szene. Die ist sehr sehr jung geworden. Anti-CSD-Aktionen werden teils von Kindern organisiert und durchgeführt.“*

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass entsprechende Äußerungen und Verhaltensweisen nicht immer eindeutig zu interpretieren sind. Insbesondere bei jüngeren Kindern ist es häufig nur schwer erkennbar, ob hinter entsprechenden Aussagen bereits gefestigte rechtsextreme oder vielfaltsablehnende Haltungen stehen. Teilweise handele es sich auch um ein unreflektiertes Reproduzieren von Begriffen, Parolen oder Deutungen, die aus dem familiären Umfeld oder aus digitalen Medien bekannt sind, ohne dass deren Bedeutung, Tragweite oder Widersprüchlichkeit verstanden wird.

*Zitat Expert*in: „Manche Kinder plappern auch AfD-Inhalte nach, die sie zuhause hören, ohne das richtig zu verstehen oder zu reflektieren. Gleichzeitig sind sie häufig mit anderen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr gut befreundet, was sich widerspricht.“*

Die Ergebnisse der Onlineumfrage unter Schüler*innen stützen diese Einschätzung und verdeutlichen die zentrale Bedeutung familiärer Kontexte für politische und gesellschaftliche Orientierung. Auf die Frage, über welche Kanäle Jugendliche Orientierung zu Fragen von Respekt, Zusammenleben und Demokratie erhalten (vgl. Abb. 6), wird die Familie mit 63,52 % am häufigsten genannt, noch vor Schule (61,37 %) und Freundeskreisen (48,50 %). Damit erweist sich das familiäre Umfeld weiterhin als zentraler Sozialisationsraum, in dem Einstellungen, Deutungen und Haltungen früh geprägt werden.

Abbildung 6: Wo bekommst du Infos zu Themen wie Respekt, gutem Miteinander oder Demokratie? (Mehrfachauswahl möglich)? n=233



Doch auch digitale Plattformen gewinnen deutlich an Bedeutung. Ein erheblicher Teil der Jugendlichen nennt TikTok (35,62 %), YouTube (30,47 %) und Instagram (28,76 %) als relevante Informationsquellen. Auch die Interviewpartner*innen betonen die besondere Rolle sozialer Medien für aktuelle Radikalisierungsdynamiken. Entsprechende Prozesse finden häufig in geschlossenen oder schwer einsehbaren digitalen Räumen (z.B. in Chatgruppen oder über algorithmisch gesteuerte Plattformen) statt und entziehen sich damit weitgehend der Wahrnehmung und Intervention von Eltern und pädagogischen Fachkräften. Dies stellt bestehende Präventionsansätze vor erhebliche Herausforderungen, da familiäre Einflussfaktoren und digitale Sozialisation zunehmend ineinandergreifen.

2.2.4 Demokratiefeindliche und extremistische Strukturen und Vorfälle

Die Interviews verweisen weiter auf verschiedene demokratiefeindliche und rechtsextreme Akteur*innen, die im Stadtgebiet präsent sind:

*Zitat Expert*in: „In der Hansestadt ist es so, dass alles, was der rechte Markt zu bieten hat, auch vorhanden ist. Rechte Kameradschaftsstrukturen, ehemalige NPD-Leute, die jetzt in der Partei ‚die Heimat‘ sind, dann hat sich auch eine völkisch-ökologische Bewegung gegründet: die ‚Anastasia-Bewegung‘.“*

Seit der Corona-Pandemie haben insbesondere verschwörungsideologische Gruppen und Einzelpersonen an Bedeutung gewonnen, die demokratiefeindliche Narrative öffentlich platzieren.

*Zitat Expert*in: „(...) Dann gibt es Gruppen wie ‚Die Basis‘, die aus der Querdenker-Bewegung entstanden ist, oder auch Leute, die sich als Anhänger des ‚Königreich Deutschland‘ sehen.“*

Ein weiteres Beispiel ist die regelmäßige Präsenz einer Gruppe am Lambertiplatz, die seit Corona jeden Samstag öffentlich auftritt und dabei verschwörungsideologische Inhalte sowie Desinformationen verbreitet. In den Interviews wird hervorgehoben, dass es sich um mehrere Personen handelt und „auch immer wieder Vorbeigehende stehen bleiben“, wodurch demokratiefeindliche Deutungen im öffentlichen Raum normalisiert werden.

Darüber hinaus werden in den Interviews konkrete Vorfälle und Angriffe benannt, die demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende und rechtsextreme Einstellungen sichtbar machen. So wird beispielsweise aus der Beratungsarbeit mit queeren Menschen von Gewalterfahrungen berichtet, die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Umfeld sowie in Schulen stattgefunden haben. Ein besonders gravierender Fall betrifft Jugendliche, die Fake-Dating-Profile benutzt haben, um homosexuelle Männer gezielt aufzuspüren und zu verprügeln. Dies führte zu einer großen Verunsicherung in der queeren Szene:

*Zitat Expert*in: „Es gibt queere Menschen, die nach Hause begleitet werden, weil sie Angst vor Übergriffen haben.“*

Auch Veranstaltungen wie Christopher-Street-Days werden als potenziell gefährdet beschrieben. Zwar kam es in Lüneburg selbst bislang nicht zu schweren Übergriffen, jedoch wurden Schutzmaßnahmen notwendig, etwa bei Veranstaltungen im nahegelegenen Winsen.

Auch in Bezug auf migrantisch gelesene Personen wird von einer zunehmenden Sorge vor Übergriffen berichtet. Negative Erfahrungen und Erlebnisse führen bei vielen Jugendlichen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte dazu, bestimmte Orte in Lüneburg zu meiden und sich überwiegend im eigenen Stadtteil aufzuhalten.

*Zitat Expert*in: „Die Sorge vor Übergriffen besonders in der Innenstadt ist hoch, manche Jugendliche bleiben lieber in ihrem Stadtteil, um sich der Gefahr nicht auszusetzen.“*

Darüber hinaus wurden in Interviews und Onlineumfrage immer wieder auch rassistische und rechtsextreme Vorfälle, wie z.B. Hitlergrüße im öffentlichen Raum, das Anbringen von Stickern mit rechtsextremen Inhalten, Hakenkreuz-Schmierereien oder aggressive Beschimpfungen in sozialen Medien beschrieben.

Die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) bestätigt diese Einschätzungen. In der Region Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen stellen rechtsmotivierte Straftaten mit 101 Fällen (2024) weiterhin die größte Problemkategorie dar (vgl. Abb. 7).

Weiter zeigen die Erhebungen, dass auch **zivilgesellschaftliche Akteur*innen**, die sich sichtbar für Demokratie, Vielfalt oder Menschenrechte einsetzen, zunehmend **Ziel von Anfeindungen und Angriffen** werden. Betroffen sind unter anderem Initiativen wie Omas gegen Rechts und andere antifaschistisch engagierte Gruppen, Akteur*innen der Klimabewegung sowie Einrichtungen wie Checkpoint Queer. Darüber hinaus kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu Sachbeschädigungen, etwa durch das Herunterreißen von Fahnen oder das Beschmieren von Häusern mit demokratiefeindlichen Symbolen.

Im digitalen Raum zeigt sich eine weitere Zuspitzung. So wird von massiven Beleidigungen und Angriffen in sozialen Medien gegen Politiker*innen und engagierte Personen berichtet:

*Zitat Expert*in: „Da herrscht ein unterirdischer Tonfall – und das oft unter Klarnamen.“*

Zwar ist es in Lüneburg in den letzten Jahren nicht zu offenen körperlichen Angriffen auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Amtsträger*innen gekommen, jedoch verdeutlichen die beschriebenen Entwicklungen, dass demokratisches Engagement zunehmend mit persönlichen Risiken verbunden ist und dass Schutz, Unterstützung und solidarische Netzwerke für exponierte Akteur*innen an Bedeutung gewinnen.

2.2.5 Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und Diskriminierung

In Bezug auf gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien in Lüneburg zeigen die Erhebungen, dass sich diese in vielfältigen Formen manifestieren und in den letzten Jahren an Sichtbarkeit gewonnen haben.

Ein deutliches Indiz ist der starke Anstieg der Anfragen in der Antidiskriminierungsberatung, der sich innerhalb kurzer Zeit vervielfacht hat. Die häufigsten Fälle betreffen rassistische Diskriminierung sowie Diskriminierung aufgrund physischer oder psychischer Behinderungen. Auch Queerfeindlichkeit und Sexismus werden zunehmend sichtbar. Als zentrale Lebensbereiche, in denen Diskriminierung erfahren wird, werden insbesondere Arbeit und Wohnen genannt, vereinzelt werden auch Diskriminierungserfahrungen im Kontakt mit Behörden berichtet. Darüber hinaus wenden sich zunehmend Schulen und pädagogische Fachkräfte an die Beratungsstellen, da sie eine Zunahme von Gewalt- und Diskriminierungsvorfällen wahrnehmen und Unsicherheiten im Umgang mit diesen Situationen äußern.

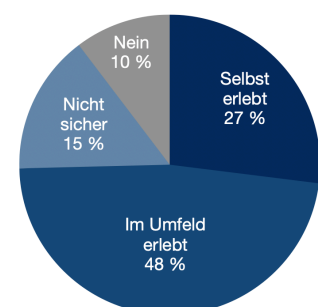
Die Onlineumfrage unter Jugendlichen stützt diese Einschätzung: 47,62 % aller Befragten haben Diskriminierung bei anderen beobachtet, 26,98 % berichten von eigener Betroffenheit (s. Abb. 8). Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Einzelauswahl handelte. Mehrfachnennungen waren nicht möglich, sodass sich eigene Betroffenheit und beobachtete Diskriminierung nicht überschneiden konnten. Es ist daher davon auszugehen, dass das tatsächliche Ausmaß wahrgenommener Diskriminierung insgesamt höher liegt.

Über die Frage nach erlebter bzw. wahrgenommener Diskriminierung hinaus wurde zudem erhoben, aus welchen Gründen Diskriminierung nach Erfahrung der Teilnehmenden in Lüneburg erfolgt.

Abbildung 7: Politisch motivierte Kriminalität (Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen)

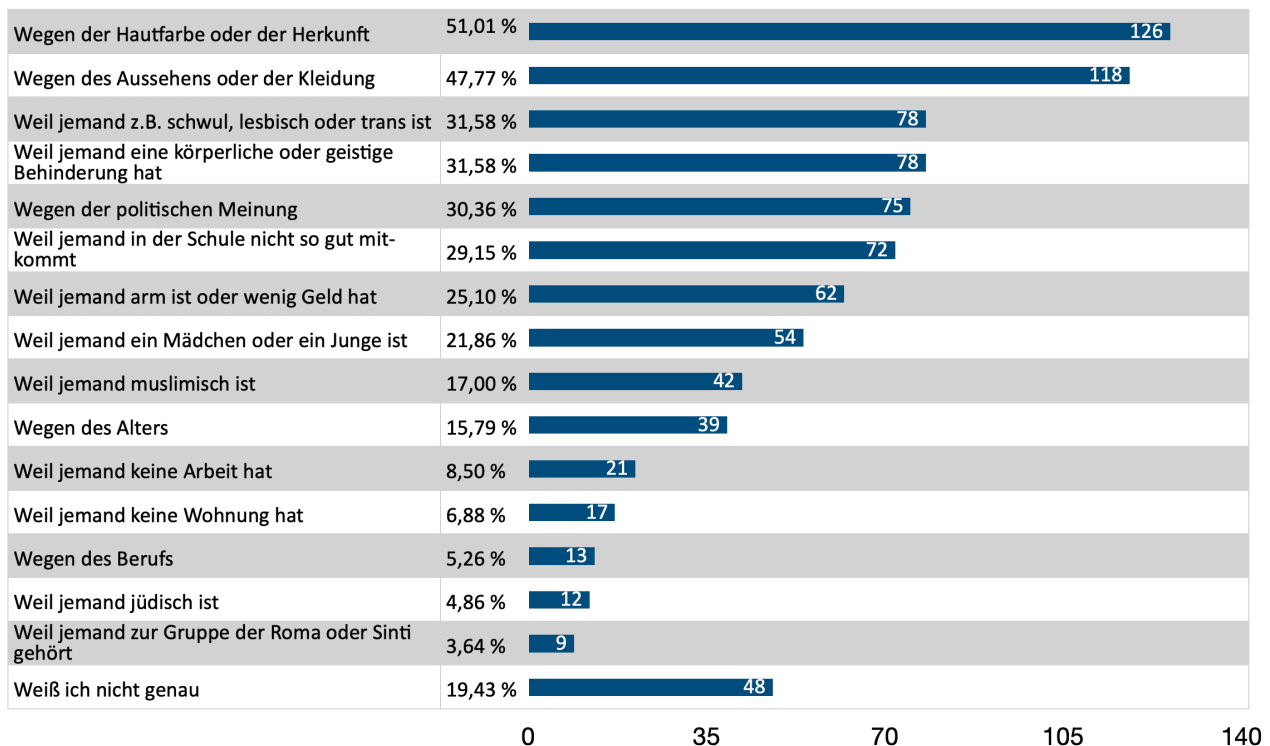
	2023	2024
Links motiviert	29	59
Rechts motiviert	70	101
Ausländische Ideologie	4	10
Religiöse Ideologie	0	1
Sonstige Zuordnung	55	74
Gesamt	158	245

Abbildung 8: Hast du schon einmal erlebt, dass Menschen ausgeschlossen oder unfair behandelt wurden?
n=252



Hierbei waren Mehrfachnennungen möglich. Als häufigste Formen nennen die Befragten die Kategorien Hautfarbe/Herkunft (51,01 %) sowie Aussehen/Kleidung (47,77 %). Weitere häufig genannte Kategorien sind Behinderung (31,58 %), sexuelle Orientierung/geschlechtliche Identität (31,58 %), politische Meinung (30,36 %), schulische Leistung (29,15 %) und Armut (25,10 %) (s. Abb. 9).

Abbildung 9: Worum ging es? (Mehrfachauswahl möglich) n=247



In den Interviews wird zudem wiederholt auf strukturelle Formen von Diskriminierung verwiesen, die den Alltag vieler Menschen prägen. Diskriminierung wird dabei nicht allein als individuelles Fehlverhalten verstanden, sondern als Ergebnis institutioneller Rahmenbedingungen, eingeschränkter Zugänge und wirkmächtiger sozialer Normen. In diesem Zusammenhang wird Lüneburg mehrfach als „trügerisch“ beschrieben: Während es vergleichsweise wenige klar benennbare Angsträume gibt, entfalten subtile Ausschlussmechanismen umso stärkere Wirkung. Ausschluss erfolgt demnach nicht nur durch offene Ablehnung, sondern auch durch strukturelle Barrieren – etwa im Bereich Sprache, Zugang zu Angeboten oder institutioneller Unterstützung.

2.2.6 Sozialräumliche Verortung und Verdichtung der Problemlagen

Die beschriebenen Problemlagen treten stadtweit auf, verdichten sich jedoch in bestimmten Sozialräumen. Besonders häufig wird **Kaltenmoor** als Stadtteil mit multiplen Herausforderungen benannt. Hier leben rund 10.500 Menschen, von denen knapp jede vierte Person (24,5 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Damit liegt der Anteil deutlich über dem stadtweiten Durchschnitt von 12,6 %.

Kaltenmoor kann als „Ankunftsstadtteil“ beschrieben werden, der über vergleichsweise günstigen Wohnraum verfügt und insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen sowie neu zugewanderten Personen als erster Wohnort nach der Ankunft dient. Diese Funktion ist für die Erstintegration grundsätzlich bedeutsam. Gleichzeitig wirken Ankunftsstadtteile langfristig nur dann integrationsfördernd, wenn Übergänge in andere Stadtteile, soziale Durchmischung und Aufstiegsperspektiven realistisch möglich sind. Vor diesem Hintergrund wird bemängelt, dass sich die Unterbringung von Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung in Kaltenmoor über Jahre hinweg verfestigt hat und Übergänge in andere Stadtteile nur eingeschränkt gelingen.

*Zitat Expert*in: „Alle, die eine Fluchterfahrung haben, werden hier untergebracht. Das führt zu einer Ghettoisierung und bringt Probleme mit sich. (...) Wenn man keine deutschen Nachbarn hat, erschwert das die Integration immens.“*

Mehrere Interviewpartner*innen beschreiben, dass viele Bewohner*innen wirtschaftlich benachteiligt sind und nur eingeschränkte Zugänge zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe haben. Zudem wird auf eine stigmatisierende Wahrnehmung des Stadtteils hingewiesen. Kaltenmoor werde häufig als „Brennpunkt“ markiert, was klassistische Zuschreibungen und Abwertung der dort lebenden Menschen verstärke:

*Zitat Expert*in: „Es wird auf den Stadtteil und die Bewohner herabgeschaut.“*

Diese Abwertung wird in den Interviews auch im Kontext der bereits unter Abschnitt 2.1 beschriebenen räumlichen Trennung zwischen Innenstadt und Stadtteilen gesehen: Während politisches, kulturelles und soziales Leben stark in der Innenstadt verortet ist, fühlen sich die Bewohner*innen in Stadtteilen wie Kaltenmoor weniger sichtbar, weniger eingebunden und seltener adressiert. In diesem Zusammenhang nehmen viele Bewohner*innen eine als unfair empfundene Verteilung von Ressourcen wahr. Diese subjektiven Wahrnehmungen entsprechen nicht immer den tatsächlichen Entscheidungs- und Ressourcenlogiken, speisen sich jedoch aus konkreten Alltagserfahrungen und entsprechenden Interpretationen. Exemplarisch wird die Situation der Oberschule am Wasserturm genannt, die aus einzige Oberschule in Lüneburg viele Schüler*innen aus Kaltenmoor aufnimmt und, so ein*e Expert*in: „aus allen Nähten platzt“. Diese strukturelle Überlastung werde von vielen Bewohner*innen als Ausdruck einer Benachteiligung interpretiert und teilweise auch als Rassismus oder Herkunftsdiskriminierung gedeutet.

Langfristig, so die Einschätzung mehrerer Interviewpartner*innen, birgt diese Gemengelage die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung, wenn sich ein Stadtteil kollektiv benachteiligt, abgewertet und politisch nicht ausreichend gehört fühlt.

Als besonders problematisch wird in diesem Zusammenhang zudem die politische Beteiligung beschrieben. Bei Wahlen zeigt sich in Kaltenmoor eine sehr niedrige Wahlbeteiligung, verbunden mit hohen Stimmenanteilen für rechtspopulistische Parteien unter denjenigen, die wählen dürfen.

*Zitat Expert*in: „Bei der Europawahl hatten wir zwischen 27 und 34 Prozent Wahlbeteiligung. Dass von den Leuten, die wählen dürfen, sich nur so wenige beteiligen, ist erschreckend (...) In einem Wahllokal hatte die AfD 40 Prozent Zweitstimmen und 45 Prozent Erststimmen.“*

In Kombination mit einem hohen Anteil „Sonstiger“ Parteien bleibe damit „nicht viel übrig für die großen demokratischen Parteien“.

Insgesamt verweist die Situation in Kaltenmoor auf ein politisches Repräsentations- und Vertrauensproblem: Soziale Benachteiligung, begrenzte Teilhabechancen und die Erfahrung, nicht ausreichend gesehen oder berücksichtigt zu werden, gehen mit geringer Wahlbeteiligung und einer erhöhten Offenheit für rechtspopulistische Angebote einher.

Neben Kaltenmoor werden auch **Schulen** als Sozialräume benannt, in denen Probleme sichtbar werden. Dies betrifft ausdrücklich nicht nur Schulen mit hohem Anteil sozial benachteiligter Schüler*innen, sondern auch Gymnasien:

*Zitat Expert*in: „Orte der Diskriminierung sind Schulen – und zwar nicht unbedingt die ‚Problemschulen‘. (...) Auch an guten Gymnasien gibt es diese Tendenzen. Die haben auch dieses Schild an der Tür (Anm.: Schule ohne Rassismus), aber auch da passiert es.“*

Die Beobachtung, dass Diskriminierung und abwertende Haltungen auch in Gymnasien und bildungsnahen Schulkontexten auftreten, verweist auf einen zentralen Befund der Analyse: Demokratiefeindliche Einstellungen sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind in der Hansestadt Lüneburg **kein randständiges Phänomen** einzelner Sozialräume, sondern können **quer**

durch die Stadtgesellschaft ebenso in gutbürgerlichen, bildungsnahen und sozial privilegierten Milieus beobachtet werden. Interviewpartner*innen berichten etwa von rassistischen Bemerkungen durch Kinder aus sozial privilegierten Familien oder von elterlichen Widerständen gegen Erinnerungs- und Bildungsarbeit für ihre Kinder. Der Unterschied zwischen den Milieus liegt dabei weniger im Vorhandensein entsprechender Haltungen als vielmehr in ihrer Artikulation. Während Abwertung in manchen Kontexten offen geäußert wird, tritt sie in anderen subtiler und indirekter auf:

*Zitat Expert*in: „Da kann man nicht sagen, die ärmeren Leute sind besonders rechts. In anderen Milieus gibt es nur andere Worte, da spielt soziale Erwünschtheit eine größere Rolle.“*

Insgesamt wird damit deutlich, dass es sich nicht um Probleme einzelner Gruppen oder Sozialräume handelt, sondern um gesamtgesellschaftliche Dynamiken, die sich in unterschiedlichen Milieus jeweils spezifisch äußern.

2.2.7 Ungleiche Zugänge zu Beteiligung und Demokratieförderung

Die Erhebungen verdeutlichen nicht nur, wo Herausforderungen verdichtet auftreten, sondern auch, wer in Lüneburg in welchem Maße von Angeboten der Demokratieförderung, Beteiligung und Prävention erreicht wird. In den Interviews wird wiederholt betont, dass Zugänge zu dialog- und beteiligungsorientierten Formaten stark davon abhängen, ob Menschen an etablierte Netzwerke oder bildungsnahen Milieus angebunden sind. Damit zeigt sich eine zentrale Herausforderung, die quer zu den zuvor beschriebenen Problemlagen liegt: Die Reichweite bestehender Beteiligungs- und Bildungsangebote bleibt häufig selektiv.

Problematisch ist vor allem, dass der „Demokratie“-Begriff teilweise wenig greifbar oder gar abschreckend wirkt. Zudem erreichen Beteiligungs- und Bildungsangebote häufig vor allem jene Menschen, die bereits engagiert sind, während andere Gruppen kaum angesprochen werden:

*Zitat Expert*in: „Wir bewegen uns da häufig in einer Bubble (...) Die, die man eigentlich erreichen will, kommen nicht zu den Angeboten.“*

Diese selektive Reichweite betrifft in besonderer Weise auch Menschen mit Migrationsgeschichte in Lüneburg. In den Interviews wird darauf hingewiesen, dass bestehende Formate häufig nicht an deren Lebensrealitäten, Zeitressourcen oder sprachliche Voraussetzungen anschließen und migrantische Perspektiven dadurch im Beteiligungsraum unterrepräsentiert bleiben. Zugleich fehlt es vielfach an gezielter Ansprache, niedrighwelligen Zugängen und vertrauensbildenden Formaten, die eine nachhaltige Beteiligung ermöglichen würden.

In ähnlicher Weise zeigen sich auch bei jungen Menschen ungleiche Zugänge zu Beteiligung und Demokratieförderung. Die Beobachtung, dass entsprechende Angebote vor allem bildungsnahen Jugendliche erreichen, deckt sich mit bundesweiten Befunden zur politischen Sozialisation. So zeigt der Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (Kurz: AID:A), dass politische Beteiligung und Vertrauen in demokratische Prozesse stark von sozialen Ressourcen, Bildungshintergrund und Unterstützung im sozialen Umfeld abhängen.⁶

Auch die Ergebnisse der Onlineumfrage unter Jugendlichen spiegeln diesen Befund. Mit 44,21 % wünscht sich ein relevanter Anteil der Befragten mehr Möglichkeiten für junge Menschen, mitzubestimmen (s. Abb. 5). Gleichzeitig geben 29,18 % an, dass sie mehr Informationen darüber benötigen, wie Demokratie funktioniert und wie man sich beteiligen kann. Damit wird deutlich, dass Demokratieförderung aus Sicht vieler Jugendlicher häufig abstrakt bleibt und es konkrete, niedrighwellige Zugänge braucht, die stärker an Alltagsthemen anschließen und Beteiligung als real wirksam erfahrbar machen.

⁶ Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2024): AID:A 2023 Blitzlichter. Zentrale Befunde des DJI-Surveys zum Aufwachsen in Deutschland. Bielefeld: wbv Publikation, S. 35ff.

Insgesamt verweist dies auf eine zentrale Herausforderung für die Hansestadt: Neben der Bearbeitung konkreter Problemlagen geht es auch darum, Brücken zwischen Stadtteilen, Milieus und Zielgruppen zu stärken und Beteiligungs- sowie Bildungsangebote so zu gestalten, dass sie neue Zugänge eröffnen – insbesondere für Gruppen, die bislang eher am Rand städtischer Öffentlichkeiten und Netzwerke stehen.

2.2.8 Zusammenfassung und Entwicklungsszenarien

Zusammenfassend zeigen die Erhebungen, dass sich das gesellschaftliche Klima in der Hansestadt Lüneburg spürbar verändert hat: Ein rauere Umgangston, Polarisierung sowie gesunkene Hemmschwellen für abwertende und demokratiefeindliche Äußerungen werden als zunehmend „alltagsnah“ beschrieben. Diese Dynamiken sind nicht auf einzelne Gruppen oder Sozialräume begrenzt, sondern treten in unterschiedlichen Milieus und Kontexten auf.

Besonders verdichtet zeigen sich die Herausforderungen im Zusammenspiel von Schule, Jugendbereich und digitalen Räumen. Hier werden Radikalisierungsdynamiken, gruppenbezogene Abwertung sowie Unsicherheiten im Umgang mit Konflikten und Diskriminierung sichtbar, die pädagogische Fachkräfte zunehmend als Überforderung beschreiben. Parallel dazu werden konkrete Vorfälle und ein wachsendes Unsicherheitsempfinden im öffentlichen Raum benannt, die bei Betroffenen Rückzug und Vermeidungsverhalten begünstigen. Auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen geraten immer häufiger unter Druck und Schutz- und Unterstützungsbedarfe nehmen zu.

Sozialräumlich verdichten sich Problemlagen insbesondere dort, wo strukturelle Benachteiligungen, begrenzte Teilhabechancen und Stigmatisierung zusammenwirken. Zugleich wird deutlich, dass Reichweite und Zugänglichkeit demokratiefördernder Angebote selektiv bleiben: Beteiligung erreicht häufig jene Gruppen, die bereits an etablierte Netzwerke angebunden sind, während andere Perspektiven und Lebensrealitäten im städtischen Beteiligungsraum unterrepräsentiert bleiben. Die Folge ist eine geringe Durchmischung unterschiedlicher Lebensrealitäten und ein Mangel an „Brückenräumen“ zwischen Stadtteilen, Milieus und Gruppen.

Aufbauend auf den Ergebnissen ist mittelfristig davon auszugehen, dass sich zentrale Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zunächst weiter verfestigen und sichtbarer werden. Polarisierung, ein rauere Ton sowie Unsicherheiten im Umgang mit Vielfalt und Konflikten könnten in unterschiedlichen Kontexten (Schule, öffentlicher Raum, digitale Räume) häufiger auftreten und immer stärker als „Normalität“ erlebt werden.

Als besonders dynamischer Entwicklungsbereich wird von den Interviewpartner*innen jedoch der Jugendbereich in Verbindung mit digitalen Medien beschrieben. Hier zeichnen sich Prozesse ab, die in ihrer Geschwindigkeit und Struktur klassische Präventions- und Interventionslogiken herausfordern. Radikalisierung, gruppenbezogene Abwertung und die Herausbildung geschlossener Cliques- und Szenestrukturen finden demnach zunehmend in Räumen statt, die für Fachkräfte kaum einsehbar sind. Eine Interviewpartner*in bringt diese Verschiebung auf den Punkt:

*Zitat Expert*in: „Das ist sehr brenzlich, weil die sich ungehindert vernetzen können. Es fehlt ein Einblick und eine Interventionsmöglichkeit. Wenn es eine Demo von rechten Gruppen oder Parteien gibt, kann man da hingehen und eine Gegendemo machen. Bei Jugendlichen sind das geschlossene Gruppen im digitalen Raum und da bekommen wir nicht viel von mit, weil das alles hinter den Kulissen passiert, in Chats und auf TikTok.“*

Damit verbunden ist das Szenario, dass sich aktuelle Dynamiken nicht als „Jugendphase“ erledigen, sondern biografisch fortschreiben: Ein Teil der Jugendlichen, die heute in entsprechenden digitalen Räumen sozialisiert werden, könnte diese Orientierungen, Netzwerke und Kommunikationsstile in Ausbildung, Beruf und Vereinsleben hineinragen.

2.3 Ursachen, Kontext- und Rahmenbedingungen

Die identifizierten Problemlagen lassen sich nicht auf einzelne Ursachen zurückführen, sondern sind Ergebnis eines Zusammenspiels gesamtgesellschaftlicher Dynamiken und lokaler struktureller Bedingungen. Im Folgenden werden mögliche Ursachen dargestellt und die spezifischen Kontext- und Rahmenbedingungen in der Hansestadt Lüneburg betrachtet, die diese Entwicklungen begünstigen.

2.3.1 Ursachen der Problemlagen

Ein zentraler Ursachenkomplex, der in den Interviews wiederholt benannt wird, ist eine zunehmende **Überforderung und Verunsicherung vieler Menschen** angesichts einer als immer komplexer wahrgenommenen Welt. Globale Krisen, gesellschaftliche Umbrüche und wirtschaftliche Unsicherheiten werden nicht als einzelne Ereignisse erlebt, sondern als dauerhafte Belastung, die Orientierung und Zukunftssicherheit untergräbt. In diesem Kontext werden Ängste häufig auf andere Personengruppen projiziert. Diese Beobachtungen decken sich mit sozialwissenschaftlichen Studien, die zeigen, dass anhaltende Krisen- und Bedrohungserfahrungen das Bedürfnis nach Kontrolle und Zugehörigkeit erhöhen und damit die Anfälligkeit für vereinfachende Erklärungen, klare Schuldzuschreibungen sowie autoritäre oder ausgrenzende Deutungsmuster verstärken können.⁷

Eng damit verbunden ist ein **Gefühl politischer und gesellschaftlicher Ohnmacht**. Mehrere Interviewpartner*innen berichten, dass Menschen das Empfinden haben, nicht ernst genommen zu werden und kaum Einfluss auf politische oder gesellschaftliche Entscheidungen zu haben. Dieses Gefühl des Abgehängtseins wird als zentraler Nährboden für Frustration, Rückzug und Radikalisierung beschrieben. Die **Corona-Pandemie** wird von mehreren Interviewpartner*innen als zentraler verstärkender Faktor benannt, da Erfahrungen von Fremdbestimmung und mangelnder Beteiligung bestehende Vertrauensverluste vertieft hätten. Studien wie die PEPP-COV-Untersuchung bestätigen, dass diese Erfahrungen langfristige negative Auswirkungen auf das Vertrauen in demokratische Institutionen haben können.⁸

Ein weiterer wesentlicher Ursachenfaktor liegt in **sozialen und ökonomischen Ungleichheiten**. Steigende Lebenshaltungskosten, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Unsicherheiten auf dem Wohnungsmarkt führen dazu, dass sich Menschen sowohl materiell als auch symbolisch benachteiligt fühlen. Diese Erfahrungen begünstigen Frustration, das Gefühl des Abgehängtseins und die Suche nach Schuldigen für die eigene Situation. Mehrere Interviewpartner*innen verweisen in diesem Zusammenhang auch auf Dynamiken, in denen marginalisierte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. In Situationen knapper Ressourcen entsteht Konkurrenz um Anerkennung, Teilhabe und materielle Sicherheit, was solidarisches Handeln erschwert und rechtspopulistischen Deutungsmustern Vorschub leistet:

*Zitat Expert*in: „Das ist die Perspektive aus der Benachteiligung, aus der Defensive heraus. Wenn eine marginalisierte Gruppe gegen die andere marginalisierte Gruppe hetzt. Man kämpft um das klitzekleine Stück vom Kuchen.“*

Diese Entwicklungen gehen mit einer **Verschiebung von Grenzen des Sagbaren** einher. Abwertende oder diskriminierende Aussagen würden zunehmend offen geäußert und gesellschaftlich

⁷ Greenberg, Pyszczynski & Solomon (2015): *The Worm at the Core. On the Role of Death in Life*. New York: Random House.

⁸ LIfBi – Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (2023). Politisches Vertrauen während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus dem Projekt PEPP-COV. (LIfBi Forschung kompakt Nr. 6). Bamberg: LIfBi, digital abrufbar unter: https://www.lifbi.de/Portals/2/Publikationen/Transferberichte/LifBi_Forschung_kompakt/LifBi-Forschung-kompakt_06_PEPP-COV.pdf (zuletzt: 08.01.2026)

weniger sanktioniert. In den Interviews wird dies mit politischen Diskursen und der zunehmenden öffentlichen Präsenz rechtspopulistischer Positionen in Verbindung gebracht.

Wie bereits zuvor dargestellt, können insbesondere **digitale Medien** durch verkürzte Erklärungen, „Fake News“ und algorithmische Mechanismen bestehende Unsicherheiten, Polarisierungen und Abwertungen verstärken. Dies ist gerade für junge Menschen relevant, die einen relevanten Teil ihrer Orientierung und Kommunikation über soziale Plattformen beziehen. Zugleich verweisen die Interviews darauf, dass auch ältere Menschen in besonderer Weise anfällig für solche Dynamiken sein können. Einschränkungen im sozialen Alltag, weniger persönliche Austauschmöglichkeiten und Unsicherheiten bei der Bewertung digitaler Informationen begünstigen die Nutzung einseitiger oder wenig überprüfter Quellen.

2.3.2 Lokale Kontext- und Rahmenbedingungen

Die beschriebenen Ursachen entfalten ihre Wirkung in der Hansestadt Lüneburg vor dem Hintergrund spezifischer lokaler Kontext- und Rahmenbedingungen, die bestimmte Problemlagen begünstigen oder deren Bearbeitung erschweren.

Die **Lage der Hansestadt im Landkreis Lüneburg** ist für die Analyse der Problemlagen von zentraler Bedeutung. Als urbanes Zentrum ist die Stadt eng mit ihrem ländlich geprägten Umland verflochten. In den angrenzenden Regionen werden seit Jahren rechtsextreme, völkische und verschwörungsideologische Netzwerke beobachtet, die nicht isoliert im ländlichen Raum agieren, sondern auch in die Stadt hineinwirken. Die Stadt fungiert dabei als Resonanzraum, in dem entsprechende Ideologien öffentlich anschlussfähig gemacht und normalisiert werden können – etwa durch Infostände, Aktionen im Stadtraum oder Präsenz in sozialen Medien. Ein Beispiel, das diese Wechselwirkungen zwischen Stadt und Umland verdeutlicht, ist der Auftritt des Jugendverbands „Sturmvogel“ in der Lüneburger Fußgängerzone im Jahr 2022.⁹

Als weiterer relevanter Rahmenfaktor wird die **angespannte Wohnraumsituation** beschrieben. Steigende Mieten und knapper bezahlbarer Wohnraum werden als strukturelle Belastungen beschrieben, die insbesondere einkommensschwache Haushalte, Zugewanderte und junge Menschen betreffen. Diese Situation verstärkt das Gefühl sozialer Konkurrenz und begünstigt Abwertungs- und Verdrängungsnarrative zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Schließlich verweisen die Interviews auf einen spürbaren Rückgang gemeinschaftlicher Erfahrungsräume, insbesondere für junge Menschen. Gemeinsame Aktivitäten, niedrigschwellige Begegnungen und das Erleben von Zusammenhalt würden seltener, was die Einübung von demokratischen Werten und Konfliktfähigkeit erschwert und individualisierende Tendenzen verstärkt. Vor diesem Hintergrund wird der **Mangel an Begegnungsräumen in Lüneburg** als ein weiterer lokaler Rahmenfaktor benannt. Trotz eines hohen Bedarfs an Austausch, Gemeinschaft und Mitgestaltung fehlen vielerorts Räume, in denen demokratische Kompetenzen praktisch erprobt, Beziehungen aufgebaut und unterschiedliche Perspektiven miteinander ausgehandelt werden können.

2.3.3 Erschwerende Akteur*innen, Netzwerke und Strukturen

Die Interviews zeigen, dass die Bearbeitung der beschriebenen Problemlagen in der Hansestadt Lüneburg weniger durch einzelne Akteur*innen als vielmehr durch ein Zusammenspiel struktureller, institutioneller und diskursiver Faktoren erschwert wird.

Ein zentrales Hindernis sehen die Interviewpartner*innen in der **Logik von Verwaltung und Förderstrukturen**. Beteiligung wird häufig so gedacht, dass Angebote zwar bereitgestellt werden,

⁹ Die Landkreise Lüneburg und Uelzen sind Schwerpunktgebiete von Aktivitäten des Sturmvogels, der in der Tradition der völkischen Jugendbewegung der 1920er Jahre und des Nationalsozialismus steht. Antifaschistische Recherche Lüneburg/Uelzen (2022): „Sturmvogel“ trällert in Lüneburg. Online verfügbar unter: <https://antifa-lg-ue.org/2022/08/02/sturmvogel-traellert-in-lueneburg/> (Abruf: 08.01.2026).

gleichzeitig aber erwartet wird, dass die Menschen diese von sich aus nutzen. Mehrere Befragte betonen, dass es eine stärkere aufsuchende „Geh-Struktur“ braucht, um auch diejenigen zu erreichen, die bislang nicht Teil bestehender Netzwerke oder Engagementstrukturen sind und sich außerhalb der häufig beschriebenen „Bubble“ bewegen.

Auch präventive und langfristig angelegte Ansätze kommen aus Sicht der Interviewpartner*innen häufig zu kurz:

*Zitat Expert*in: „Ich habe das Gefühl, dass nicht präventiv gearbeitet, sondern nur, wenn es brennt.“*

In diesem Zusammenhang werden insbesondere projektförmige Logiken kritisiert. Viele Maßnahmen laufen parallel, sind zeitlich befristet und nur unzureichend miteinander verzahnt. Zwar setzen Förderprogramme wichtige Impulse, diese stehen jedoch häufig nebeneinander, ohne in eine gemeinsame strategische Gesamtlogik eingebettet zu sein. Projektförmige Logiken erschweren zudem den Aufbau stabiler Beziehungen, von Vertrauen sowie nachhaltiger Beteiligungsformate. Die Expert*innen schildern, dass diese Unsicherheit auch die Glaubwürdigkeit gegenüber den Zielgruppen untergräbt: Wiederholt eingestellte Projekte können zu Resignation und sinkender Bereitschaft zur Beteiligung führen, was demokratische Prozesse insgesamt schwächt.

Des Weiteren werden **Macht- und Dominanzverhältnisse im kommunalpolitischen Raum** als hemmend für gleichberechtigte Teilhabe beschrieben. Insbesondere Menschen, die nicht akzentfrei Deutsch sprechen oder aufgrund zugeschriebener Herkunft bzw. äußerer Merkmale als „nicht deutsch“ bzw. „nicht zugehörig“ wahrgenommen werden, würden Lüneburg vielfach als schwer zugänglichen Raum erleben. Dabei wird die Innenstadt in den Interviews als eine Art „Bühne“ beschrieben, auf der vor allem bestimmte Lebensentwürfe sichtbar und gesellschaftlich anerkannt sind. Diese Dominanz einzelner Milieus führt dazu, dass sich manche Gruppen eher in eigenen Communities organisieren oder Angebote in größeren Städten aufsuchen:

*Zitat Expert*in: „Schwarze Studierende tun sich zusammen und bleiben dann in ihren Communities und das hat auch Gründe. Die fahren dann nach Hamburg um ein größeres Zugehörigkeitsgefühl zu bekommen oder um sich mehr entfalten zu können..“*

Parallel dazu berichten Interviewpartner*innen von einem mangelnden Verständnis für (strukturelle) Diskriminierung sowie von einer unzureichenden Einholung und Anerkennung migrantischer Perspektiven:

*Zitat Expert*in: „Es fehlt überhaupt das Erkennen dessen, dass Perspektiven fehlen – und dann das Entwickeln einer Haltung (...) Das als Auftrag zu sehen das einzuholen, in die Lücke reinarbeiten.“*

Mehrere Interviewpartner*innen betonen daher, dass gleichberechtigte Teilhabe nicht allein durch punktuelle Projekte erreicht werden kann. Vielmehr erfordere sie die Bereitschaft, bestehende Strukturen grundlegend zu öffnen und zu verändern. Sinnbildlich müsse „das Haus umgebaut“ werden, anstatt neue Gruppen lediglich in unveränderte Systeme einzupassen. Dem steht aus Sicht der Befragten jedoch eine verbreitete Orientierung an Bewahrung und Kontinuität gegenüber. Lüneburg wird dabei als Stadt beschrieben, in der gewachsene Strukturen, etablierte Routinen und bestehende Machtverhältnisse eine hohe Stabilität besitzen und gesellschaftliche Veränderungen teilweise eher als Störung denn als Entwicklungschance wahrgenommen werden. Diese Haltung wirkt aus Sicht der Interviewpartner*innen hemmend, da sie notwendige Öffnungs-, Lern- und Transformationsprozesse verlangsamt und bestehende Teilhabebarrrieren fortschreibt.

3. Analyse der Ressourcen, Entwicklungsbedarfe und -potenziale

Aufbauend auf der Analyse der Problemlagen richtet sich der Blick im folgenden Kapitel auf die in der Hansestadt Lüneburg vorhandenen Ressourcen, Akteur*innen und Strukturen der Demokratieförderung. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl zivilgesellschaftliche als auch kommunale Akteur*innen, bestehende Kooperations- und Netzwerkstrukturen sowie die daraus ableitbaren Bedarfe und Entwicklungspotenziale. Ergänzend wird betrachtet, welche Beteiligungs- und Teilhabeformate bereits bestehen, welche Reichweite sie entfalten und an welchen Stellen Weiterentwicklungsbedarf besteht.

3.1 Akteur*innen, Strukturen und Netzwerke

3.1.1 Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft

Wie die Interviewpartner*innen übereinstimmend betonen, verfügt die Hansestadt Lüneburg über eine äußerst engagierte zivilgesellschaftliche Landschaft. Insbesondere im Bereich der Bildungsarbeit, der Demokratieförderung und der Prävention gegen Rechtsextremismus sind bereits **vielfältige Strukturen vorhanden**:

*Zitat Expert*in: „Die Hansestadt Lüneburg ist, glaube ich, gut aufgestellt. Viele Schulen sind im Programm ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘. Die Leute sind da sehr aktiv.“*

Dabei wird hervorgehoben, dass sich das Engagement nach der Bundestagswahl 2025 noch einmal intensiviert habe, auch im Grundschulbereich. Dies wird als Ausdruck eines früh einsetzenden Problembewusstseins gewertet, rechtsextremen und demokratiefeindlichen Tendenzen bereits im Kindesalter entgegenzuwirken.

Neben Schulen und Bildungseinrichtungen werden zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachstellen als wichtige Akteur*innen benannt. Dazu zählen u. a. Beratungs- und Interessenvertretungen (z.B. Checkpoint queer e.V.), interkulturelle Begegnungsorte (z.B. mosaïque e.V.), inklusive Einrichtungen (z.B. Die DÜNE), Jugendzentren oder die Antidiskriminierungsstelle (Diversu e.V.). Auch die Volkshochschule wird als Akteurin mit wachsendem Angebot im Bereich politischer Bildung und Demokratieförderung genannt. Darüber hinaus sind antifaschistische Bündnisse und Initiativen wie das Lüneburger Netzwerk gegen Rechts zu nennen.

Gleichzeitig verweisen die Interviews auf Entwicklungspotenziale innerhalb der zivilgesellschaftlichen Landschaft, insbesondere im Hinblick auf **migrantische Selbstorganisationen** (MSO). So wird kritisiert, dass es nur äußerst wenig sichtbare, eigenständige migrantische Organisationen gibt (z.B. die Organisation „LIVT“) und migrantische Perspektiven im Selbstbild bzw. im öffentlichen Narrativ der Stadt wenig sichtbar sind:

*Zitat Expert*in: „In einer Stadt wie Lüneburg kann es doch nicht sein, dass es kaum migrantische Selbstorganisation gibt.“*

Bislang fehle es an gezielten Zugängen, Anspracheformaten und vertrauensvollen Räumen, damit migrantische Gruppen entstehen, wachsen und sich als eigenständige Akteur*innen etablieren können. „Demokratie leben!“ wird hier explizit als potenzielle Brückenstruktur benannt, die MSOs ansprechen, begleiten und für Projektförderungen gewinnen könnte.

3.1.2 Kommunale Akteur*innen und Institutionen

Auch auf kommunaler Ebene bestehen in Lüneburg relevante Ressourcen für die Bearbeitung demokratischer Herausforderungen. In den Interviews werden insbesondere das Gleichstellungsbüro sowie die Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ durchführenden bzw. koordinierenden Akteur*innen von der Hansestadt Lüneburg und der La-

waetz-Stiftung (Koordinierungs- und Fachstelle) als tragende und engagierte Strukturen hervorgehoben.

*Zitat Expert*in: „Die Kollegen von ‚Demokratie leben!‘, Gleichstellung etc. haben alle ein großes Interesse, sind sehr gut, sehr proaktiv und hilfsbereit. Jeder versucht seine Spielräume zu nutzen.“*

Als besonders wertvoll wird zudem die stadtteilbezogene Arbeit beschrieben. In mehreren Stadtteilen sind Quartiersmanager*innen tätig, die als niedrigschwellige Ansprechpersonen fungieren und lokale Projekte zur Förderung des Zusammenlebens umsetzen. Gerade in sozial benachteiligten Quartieren wird diese Arbeit als zentrale Ressource hervorgehoben. Zudem wird auf strukturelle Fortschritte verwiesen, wie vor allem die Verabschiedung eines Fachkonzepts Stadtteilarbeit, das langfristig den Aufbau von Stadtteilhäusern im gesamten Stadtgebiet vorsieht.

Gleichzeitig wird in den Interviews darauf hingewiesen, dass diese engagierten Bereiche innerhalb der Verwaltung bislang eher punktuell wirken und Themen wie Demokratieförderung, Teilhabe, Antidiskriminierung und Vielfalt nicht durchgängig als gesamtstädtische **Querschnittsaufgabe** verankert sind. Die damit verbundenen strukturellen Herausforderungen wurden bereits im Abschnitt 2.3.3 ausführlich analysiert.

Vor diesem Hintergrund formulieren mehrere Interviewpartner*innen den Bedarf nach einer klaren politischen Haltung der Stadt, die Vielfalt, Teilhabe und Antidiskriminierung als dauerhafte kommunale Querschnittsaufgabe versteht:

*Zitat Expert*in: „Klar zeigen als Kommune: Wo stehen wir? Und das nicht nur am Tag der Vielfalt.“*

Mit dem **Aktionsplan Teilhabe und Antidiskriminierung** (2024) existiert jedoch bereits eine wichtige strategische Grundlage, um Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen in Lüneburg zu stärken und Diskriminierung abzubauen. Er bietet eine systematische Analyse bestehender Ansätze, identifiziert konkrete Handlungsbedarfe und formuliert darauf aufbauend zielgerichtete Maßnahmen zur Weiterentwicklung inklusiver und gerechter Strukturen. Damit zeigt sich, dass die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg bereits zentrale Themen aufgreift, die in der Analyse als besonders relevant herausgestellt wurden.

Insgesamt sei es zudem wichtig, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausdrücklich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen, die nicht allein von einzelnen Fachstellen oder engagierten Personen getragen werden kann. Daher wird in den Interviews angeregt, Verantwortung für **demokratischen Zusammenhalt breiter zu denken** und weitere kommunale und gesellschaftliche Akteur*innen stärker einzubeziehen, etwa kommunale Unternehmen, private Arbeitgeber*innen, Kirchen und Bildungseinrichtungen.

3.2 Darstellung der Bedarfe und Potenziale

3.2.1 Stärkung von Kooperation, Koordination und Transparenz

Die Erhebungen zeigen, dass die Hansestadt Lüneburg bereits über gut funktionierende Kooperationsstrukturen zwischen Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und weiteren Institutionen verfügt. Mehrere Interviewpartner*innen betonen, dass die Zusammenarbeit grundsätzlich **konstruktiv** verläuft und von gegenseitigem Vertrauen geprägt ist.

Die Stadt wird dabei als überschaubar beschrieben. Viele Akteur*innen kennen sich persönlich und die Netzwerke arbeiten überwiegend in die gleiche Richtung. Diese **enge Vernetzung** wird als große Ressource wahrgenommen:

*Zitat Expert*in: „Lüneburg ist klein genug, man kennt sich. Die Netzwerke, die sich teilweise auch großflächig überlappen, arbeiten gut zusammen – in die gleiche Richtung, aber nie gegeneinander.“*

Auch das Bündnis bzw. der frühere Begleitausschuss „Demokratie leben!“ Lüneburg wird als wichtige Struktur hervorgehoben. In den Interviews wird er als engagiertes Gremium beschrieben, in dem unterschiedliche Perspektiven zusammenkommen und eine aktive Beteiligung stattfindet.

Gleichzeitig wird deutlich, dass gerade diese Vielzahl an Netzwerken, Arbeitskreisen und Austauschformaten auch zu **Unübersichtlichkeit** führen kann. Inhalte, Zuständigkeiten und Zielgruppen sind nicht immer klar voneinander abgegrenzt. Mehrere Interviewpartner*innen verweisen darauf, dass es weniger neue Gremien brauche, sondern vielmehr eine stärkere Schärfung, Bündelung und Koordination bestehender Netzwerke:

*Zitat Expert*in: „Wir brauchen nicht den hundertsten Runden Tisch. Es gibt schon viele Netzwerke, da muss man eher gucken, wozu welches Netzwerk eigentlich da ist.“*

Als zentraler Ansatzpunkt zur Stärkung der Kooperation wird daher die **Verbesserung von Transparenz** benannt. Insbesondere Akteur*innen außerhalb der etablierten Netzwerke wie Lehrkräfte, kleinere Initiativen oder neue Engagierte hätten häufig keinen Überblick darüber, welche Angebote, Unterstützungsstrukturen und Fördermöglichkeiten bereits existieren. Vor diesem Hintergrund wird der Bedarf an einer systematischen Übersicht über Akteur*innen, Themenfelder und Netzwerke deutlich, etwa in Form eines gemeinsamen Verteilers oder einer Akteurslandkarte. Ziel wäre es, Doppelstrukturen zu vermeiden, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und neue Akteur*innen gezielt anzubinden.

Darüber hinaus wird angeregt, bestehende **Kooperationsformate flexibler und offener** zu gestalten. Starre Beteiligungsanforderungen, wie insbesondere personelle Kontinuitätspflichten, erschweren insbesondere kleineren, ehrenamtlich getragenen Einrichtungen die Teilnahme:

*Zitat Expert*in: „Das ist unpraktisch für Einrichtungen, die kein hauptamtliches Personal haben. Man müsste da mehr durchtauschen können.“*

Auch räumlich wird eine stärkere Öffnung vorgeschlagen, z.B. durch wechselnde Veranstaltungsorte – auch um neue Zielgruppen zu erreichen.

Ein weiterer zentraler Befund betrifft die unzureichende **Einbindung migrantischer Perspektiven**. Mehrere Interviewpartner*innen weisen darauf hin, dass die Stimmen von Migrant*innen in bestehenden Kooperationsstrukturen bislang nur begrenzt vertreten sind und viele Gruppen nicht wissen, wie und wo sie sich einbringen können:

*Zitat Expert*in: „Viele kriegen gar nichts davon mit, dass sie durch ‚Demokratie leben!‘ unterstützt werden können.“*

Hier wird ein deutlicher Bedarf an einer aktiven Ansprache („Geh-Struktur“) und Vertrauensarbeit benannt, um migrantische Gruppen bzw. Communities (z.B. Religionsgemeinschaften) stärker in bestehende Netzwerke einzubinden.

3.2.2 Sicherung und Professionalisierung von Strukturen

Die Interviews machen deutlich, dass viele zivilgesellschaftliche Initiativen, Fachkräfte und ehrenamtlich Engagierte an der Belastungsgrenze arbeiten und nur über begrenzte Ressourcen verfügen, um ihre Arbeit dauerhaft, sichtbar und wirksam umzusetzen. Somit besteht die Notwendigkeit einer stärkeren Professionalisierung und Entlastung engagierter Akteur*innen. Mehrere Interviewpartner*innen betonen, dass kleine, zeitlich befristete Projektmittel zwar Impulse setzen können, jedoch strukturelle Problemlagen – insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen – nur sehr begrenzt adressieren:

*Zitat Expert*in: „Wenn die Leute arm sind und keine Ressourcen haben, dann helfen da auch keine 600-Euro-Projekte.“*

Dies verweist auf den Bedarf an **längerfristig abgesicherten Förderstrukturen**, die Beziehungsarbeit, Vertrauensaufbau und kontinuierliche Präsenz ermöglichen – insbesondere in Arbeitsfeldern wie Jugendsozialarbeit, Quartiersarbeit oder Antidiskriminierungsarbeit.

Auch der Umgang mit konkreten Vorfällen von Diskriminierung, Rassismus und Gewalt wird in den Interviews als erhebliche Herausforderung beschrieben. Betroffene sind dabei häufig sowohl emotional als auch organisatorisch stark belastet. Zwar bestehen vor Ort Beratungsangebote, diese werden jedoch als nicht ausreichend wahrgenommen:

*Zitat Expert*in: „Es gibt eine Institution, die das macht – aber das reicht nicht.“*

Besonders für Kinder und Jugendliche fehlen aus Sicht der Interviewpartner*innen spezialisierte, niedrigschwellige Anlaufstellen, um Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen aufzuarbeiten. Entsprechend wird der Bedarf an zusätzlichen, gut erreichbaren **Beratungs- und Unterstützungsangeboten** für Betroffene von Rassismus, Queerfeindlichkeit und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betont. Zugleich wird eine stärkere Vernetzung rund um das Thema Betroffenheit eingefordert, um Erfahrungen sichtbarer zu machen, Handlungssicherheit zu erhöhen und solidarische Unterstützungsstrukturen nachhaltig zu stärken.

Zudem wird der **Bildungs- und frühpädagogische Bereich** in den Interviews übereinstimmend als zentrale Schlüsselstelle für Prävention und Demokratieförderung hervorgehoben. Schulen und Kitas erreichen nahezu alle Kinder und Jugendlichen und sind damit die Orte, an denen demokratische Werte, der Umgang mit Vielfalt sowie Konflikt- und Dialogfähigkeit am wirksamsten vermittelt werden können:

*Zitat Expert*in: „Da sind alle jungen Menschen, deshalb ist Demokratiebildung an Schulen und Kitas ganz wichtig.“*

Dabei wird betont, dass an vielen Schulen bereits vielfältige Aktivitäten und Projekte im Bereich Demokratieförderung, Antidiskriminierung und Prävention vorhanden sind – wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Das Engagement hänge zudem oft vom persönlichen Einsatz einzelner Lehrkräfte oder der jeweiligen Schulleitung ab.

Insgesamt, so die Interviewpartner*innen, sind Schulen und pädagogische Fachkräfte oft bereits stark mit ihrem regulären Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag sowie mit zusätzlichen sozialen und organisatorischen Anforderungen ausgelastet. Der Umgang mit Diskriminierung, Gewalt, politischen Konflikten oder polarisierenden Aussagen wird als hochkomplex und zeitintensiv beschrieben. Vor diesem Hintergrund wird die **Relevanz externer Unterstützungsangebote** besonders deutlich. Mehrere Interviewpartner*innen betonen, dass Schulen und Kitas zusätzliche fachliche Unterstützung benötigen, damit sie ihr Potenzial als zentrale Orte der Demokratie-

förderung, Prävention und Konfliktbearbeitung langfristig besser ausschöpfen können. Gemeint sind dabei insbesondere externe Bildungs-, Präventions- und Beratungsangebote, die sich in den Schul- und Einrichtungsalltag integrieren lassen, ohne Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte weiter zu belasten.

Daneben thematisieren die Interviews einen weiteren, eigenständigen Bedarf: die **Qualifizierung und Unterstützung der Fachkräfte** selbst.

*Zitat Expert*in: „Bisher ist davon ausgegangen worden, dass die Jugendlichen das ‚Problem‘ sind und die Fachkräfte die Expert*innen.“*

Demnach bedürfte es gezielter Qualifizierungsformate für Fachkräfte im gesamten Bildungs- und pädagogischen Bereich, die Raum für Sensibilisierung, Selbstreflexion und die kritische Auseinandersetzung mit eigenen Haltungen und institutionellen Routinen bieten sowie Handlungssicherheit im Umgang mit Diskriminierung, demokratiefeindlichen Äußerungen und Konflikten stärken.

3.2.3 Entwicklung von Schutz- und Handlungskonzepten

Über die individuelle Qualifizierung von Fachkräften hinaus verweisen die Interviews auf einen weiteren zentralen Unterstützungsbedarf: den systematischen Umgang mit Konflikt-, Bedrohungs- und Gewaltsituationen im Kontext demokratischer Arbeit. Insbesondere für Veranstaltungen, Initiativen und exponierte Akteur*innen fehlt es bislang an klaren, abgestimmten Schutz- und Handlungskonzepten, die Orientierung geben, Handlungssicherheit schaffen und Betroffene wirksam unterstützen.

Schutz sollte dabei nicht allein als polizeiliche Aufgabe verstanden werden. Stattdessen wird ein **mehrdimensionaler Ansatz** vorgeschlagen, der Awareness-Konzepte, Schulungen zu Zivilcourage, Deeskalation und Selbstschutz sowie zivilgesellschaftliche Präsenz einschließt:

*Zitat Expert*in: „Wichtig ist, vorbereitet zu sein – zu wissen, wie man reagiert und Betroffene auffängt.“*

Besonders hervorgehoben wird dabei auch die Bedeutung **sichtbarer Solidarität** durch Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bei öffentlichen Veranstaltungen:

*Zitat Expert*in: „Man muss deutlich machen: Es ist eine Gesellschaft und es (Anm.: Vielfalt) gehört dazu.“*

Darüber hinaus benennen die Expert*innen einen **Bedarf an Räumen**. Schutz, Empowerment und Begegnung seien ohne physische Orte kaum möglich. In Lüneburg wird jedoch berichtet, dass geeignete Räume häufig kostenpflichtig und damit für viele Gruppen nicht zugänglich sind. Vorhandene Begegnungsorte und Anlaufstellen (z.B. MSOs, Checkpoint Queer, Diversu) werden zwar als wichtige Ressource beschrieben, sind zugleich aber nicht ausreichend.

3.2.4 Überregionale Vernetzungspotenziale

In der überregionalen Vernetzung liegt ein bislang nicht vollständig ausgeschöpftes Potenzial für die Bearbeitung der beschriebenen Problemlagen in der Hansestadt Lüneburg. Insbesondere der Austausch über Stadt-, Landkreis- und Landesgrenzen hinweg wird von den Interviewpartner*innen als fachlich bereichernd eingeschätzt, um **von Erfahrungen anderer Kommunen zu lernen, bewährte Ansätze zu reflektieren und eigene Strategien weiterzuentwickeln**:

*Zitat Expert*in: „Was machen die im Landkreis Uelzen, Harburg etc.? Man muss das Rad nicht neu erfinden.“*

Als besonders zielführend könnten sich partnerschaftliche Formate wie Tandems oder bilaterale Kooperationen mit Kommunen erweisen, die unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen vergleichbare Herausforderungen bearbeiten. Als positives Beispiel wird die bundesweite „Werkstatt

der Mutigen“¹⁰ genannt, die kommunale Akteur*innen und zivilgesellschaftliche Initiativen zusammenbringt und Erfahrungsaustausch ermöglicht.

Gerade für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie wird diese Vernetzung auch als wichtige Orientierungshilfe bei Förderentscheidungen verstanden. Erfahrungen aus anderen Regionen können dazu beitragen, wirksame Projektansätze besser einzuordnen.

*Zitat Expert*in: „Welche Projekte sind wirklich sinnvoll und hilfreich? Das hilft bei Entscheidungen, welche Projekte gefördert werden sollten.“*

Als zentrale Ressource werden zudem **spezialisierte überregionale Fachstellen** benannt, die für die Hansestadt eine wichtige Entlastungs- und Ergänzungsfunktion übernehmen können. Dazu zählen insbesondere

- die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (fachliche Einschätzung, Begleitung bei Vorfällen, Handlungsempfehlungen),
- die Betroffenenberatung Niedersachsen (Unterstützung für Menschen, die von rechter oder rassistischer Gewalt betroffen sind), sowie
- das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (Koordination, Programme, Fortbildung).

Diese Stellen bieten fachliche Einschätzungen, Begleitung bei Vorfällen, Fortbildungsangebote und Handlungsempfehlungen, die lokal nicht in ausreichender Tiefe vorgehalten werden können. Zugleich wurde in den Interviews jedoch darauf hingewiesen, dass viele dieser Fachstellen selbst nur eingeschränkt abgesichert sind:

*Zitat Expert*in: „Die mobile Beratung ist finanziell sehr schlecht aufgestellt – dabei wirkt sie direkt in die Region.“*

Ein weiteres Vernetzungspotenzial wird im Bereich **Medienpädagogik und digitale Prävention** gesehen. Überregionale Fachstellen und Programme verfügen hier über erprobte Konzepte, Materialien und Fortbildungsformate, die auch in Lüneburg anschlussfähig sind. Zu nennen sind hier insbesondere die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM)¹¹ und das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis¹². Beide bieten niedrigschwellige, praxisorientierte Formate, die auf Anfrage vor Ort umgesetzt werden können.

Die Angebote umfassen unter anderem:

- Workshops zu Fake News, Desinformation und digitaler Zivilcourage,
- „Counter Speech“-Trainings zur Stärkung argumentativer Handlungssicherheit,
- Medienkompetenz-Projekttag für Schulen und Jugendhäuser,
- Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und pädagogische Fachkräfte,
- Elternabende und Informationsveranstaltungen zum sicheren Umgang mit digitalen Räumen,
- Materialpakete und modulare Unterrichtsbausteine für die lokale pädagogische Arbeit.

Damit diese Programme in Lüneburg wirksam umgesetzt werden können, benötigen sie allerdings lokale Partner*innen – etwa Schulen, Jugendzentren oder Stadtteilprojekte – die Räume bereitstellen, Zielgruppen einladen und die organisatorische Begleitung übernehmen.

¹⁰ <https://werkstatt-der-mutigen.org/> (zuletzt aufgerufen am 28.11.25).

¹¹ <https://www.nlm.de/medienkompetenz> (zuletzt aufgerufen am 28.11.25).

¹² <https://www.jff.de/> (zuletzt aufgerufen am 28.11.25).

3.3 Beteiligung und Teilhabe: vorhandene Formate und Reichweite

In Lüneburg existieren eine Vielzahl an Angebote und Strukturen, die Partizipation, demokratische Mitgestaltung und gesellschaftlichen Dialog ermöglichen. Sie reichen von institutionalisierten Gremien bis hin zu niedrighschwelligem Angeboten in Stadtteilen, Schulen und im öffentlichen Raum. Insgesamt zeichnen die Erhebungen das Bild einer aktiven und engagierten Stadtgesellschaft mit vielfältigen Ansatzpunkten für demokratische Teilhabe.

Gleichzeitig wird deutlich, dass Reichweite, Sichtbarkeit und Zugänglichkeit dieser Angebote ungleich verteilt sind. Während einige Formate unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erreichen und neue Zugänge eröffnen, verbleiben andere überwiegend innerhalb bereits engagierter, bildungsnaher Kreise. Dieser in den Interviews wiederholt benannte „Bubble-Effekt“ wird als zentrale Begrenzung der bestehenden Beteiligungslandschaft beschrieben.

Als besonders wirksam werden Formate eingeschätzt, die **sichtbar, niedrighschwellig und dialogorientiert** angelegt sind und dort stattfinden, wo Menschen ohnehin präsent sind. Beispielhaft wird der Demokratiebus genannt, der als mobiler Informations- und Gesprächsort im Stadtgebiet unterwegs war. Interviewpartner*innen berichten von hohem Zuspruch und davon, dass es nicht nur zu kurzen Kontakten, sondern auch zu vertieften Gesprächen und inhaltlicher Auseinandersetzung gekommen sei. Auch die Präsenz auf Stadtfesten, in Quartieren oder bei öffentlichen Veranstaltungen wird als wirkungsvoller Zugang bewertet, um Menschen zu erreichen, die klassische Beteiligungsformate eher meiden.

Ergänzend übernehmen **quartiers- und stadtteilbezogene Strukturen** eine wichtige Brückenfunktion. Stadtteilhäuser, Quartiersmanagements und quartiersbezogene Projekte (z.B. in Kaltentmoor) schaffen Räume für Austausch, Engagement und niedrighschwellige Mitgestaltung in unmittelbarer Nähe zu den Lebensrealitäten der Bewohner*innen. Zugleich wird deutlich, dass Reichweite und Kontinuität dieser Arbeit stark von personellen Ressourcen und einer verlässlichen Finanzierung abhängen.

Im Bereich der bestehenden Beteiligungs- und Bildungsangebote sind zudem die **Lüneburger Wochen gegen Rassismus** hervorzuheben. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Aktionswochen werden vielfältige Veranstaltungsformate umgesetzt, darunter Ausstellungen, Workshops, Theater, Lesungen, Musik, Vorträge, Gespräche, Rundgänge und Performances. Thematisch befassen sich die Angebote unter anderem mit Antirassismus, Antifaschismus, Antidiskriminierung, Diversität, der Geschichte des Nationalsozialismus, Sinti*innen und Rom*innen sowie mit aktuellen Erscheinungsformen völkischer Ideologien. Beteiligt sind die Hansestadt Lüneburg sowie zahlreiche Organisationen, Vereine, Gewerkschaften, Schulen, Initiativen, Institutionen und engagierte Einzelpersonen. Viele dieser Formate erreichen nach Erfahrung der Interviewpartner*innen bislang jedoch vor allem Menschen, die bereits politisch interessiert oder zivilgesellschaftlich engagiert sind bzw. über entsprechende institutionelle Anbindungen und Ressourcen verfügen. Somit besteht großes Potenzial darin, bestehende Formate im Rahmen der Aktionswochen stärker in unterschiedliche Sozialräume und Lebenswelten hinein zu öffnen.

Auf formeller Ebene eröffnen **Gremien und dialogorientierte Beteiligungsstrukturen** grundsätzlich Möglichkeiten zur Mitsprache und zur Einbringung gesellschaftlicher Perspektiven in kommunalpolitische Prozesse. Dazu zählen unter anderem das Jugendforum, der Bürger:innenrat und der gemeinsame Integrationsbeirat der Hansestadt und des Landkreises.

Insbesondere der **Bürger:innenrat** wird von den Interviewpartner*innen als vorbildlich beschrieben.

*Zitat Expert*in: „Diskussionen an der Basis fördern ist wichtig. Dadurch haben die Menschen das Gefühl, dass sie selbst etwas bewirken können und nicht alles nur durch ‚die da oben‘ bestimmt wird.“*

Jedoch wird auch auf Zugangsbarrieren hingewiesen. So werden die Formate teils als sprachlich, zeitlich und kognitiv anspruchsvoll beschrieben, weshalb sich Menschen mit Sprachbarrieren, prekären Lebenslagen oder geringer formaler Bildung dort oftmals nicht angesprochen fühlen oder sich eine Beteiligung nicht zutrauen.

Des Weiteren wird der **Integrationsbeirat** in einigen Interviews kritisch reflektiert. Dabei wird bemängelt, dass die bestehenden Strukturen keine echte Mitentscheidung migrantischer Gruppen ermöglichen und Beteiligung überwiegend beratenden Charakter hat.

*Zitat Expert*in: „Wir brauchen etwas, wo die Migrant*innen tatsächlich aktiv sind und mitentscheiden können. Im Integrationsbeirat sind die Parteien vertreten und um eine Entscheidung zu treffen, braucht man die Zustimmung von denen. Das ist nicht die Stimme der Migrant*innen.“*

Auch die Beteiligung junger Menschen wird ambivalent bewertet. Zwar existiert mit dem **Jugendforum** eine formale Beteiligungsstruktur, ihre Reichweite und soziale Zusammensetzung stößt jedoch an Grenzen. So wird in den Interviews darauf hingewiesen, dass das Gremium vor allem bildungsnahe Jugendliche anspricht, während andere Gruppen bislang nur unzureichend erreicht werden:

*Zitat Expert*in: „Die Jugendlichen, die sich im Jugendforum engagieren, sind eher bildungsnahe. Insgesamt ist das Jugendforum wenig divers.“*

Dies legt nahe, dass die Formen, Themen und Zugangswege formeller Gremien viele Jugendliche nicht ansprechen oder ihnen zu weit entfernt von ihren eigenen Lebensrealitäten erscheinen.

Die Onlineumfrage unter Schüler*innen ergänzt diese Einschätzung. Viele Jugendliche geben an, dass ihnen Projekte, Angebote oder Aktionen in Lüneburg, die sich mit Respekt, gutem Miteinander oder Demokratie befassen, kaum präsent sind. Wenn Jugendliche Angebote benennen, beziehen sich diese überwiegend auf schulische oder schulnahe Formate, wie insbesondere „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Außerschulische Beteiligungs- und Engagementmöglichkeiten, wie z.B. das Jugendforum, werden deutlich seltener genannt. Dies deutet weniger auf einen Mangel an Beteiligungsstrukturen als auf begrenzte Sichtbarkeit und vor allem auf eine geringe subjektive Anschlussfähigkeit aus Sicht vieler Jugendlicher hin.

3.4 Ausblick: Weiterentwicklung der Demokratieförderung

Wie bis hierhin deutlich wurde, verfügt die Hansestadt Lüneburg bereits über eine breite Grundlage an Engagement, Erfahrung und guten Praxisbeispielen. Die Weiterentwicklung der Demokratieförderung liegt daher weniger in der Erfindung neuer Instrumente als in dem Ausbau und der gezielten Öffnung bestehender Strukturen.

Gerade im Jugendbereich zeigt sich ein relevantes Potenzial: Rund ein Drittel der Befragten (32,73 %) kann sich vorstellen, sich für Respekt, gutes Miteinander und Demokratie zu engagieren; weitere 35,45 % sind zumindest offen dafür („Vielleicht“) (s. Abb. 10).

Damit besteht eine hohe Anschlussfähigkeit – sofern Beteiligungswege niedrigschwellig und alltagsnah verankert sind. Die Angaben der Jugendlichen zeigen zudem, wo Engagement am ehesten anschlussfähig ist (vgl. Abb. 11): Mit Abstand am häufigsten wird die **Schule** genannt (70,62 %). Darüber hinaus werden Online-Formate (30,51 %) sowie Sportvereine und andere Vereine (26,55 %) häufig als mögliche Engagementorte genannt. Auch Demonstrationen oder Veranstaltungen (24,29 %) sowie Jugendzentren, Aktionen oder Projekte in der Stadt und Engagement in der Nachbarschaft werden von relevanten Anteilen genannt. Dies unterstreicht den Wunsch nach lokalen, praxisnahen Beteiligungsmöglichkeiten, die vor allem innerhalb, aber auch außerhalb des schulischen Rahmens stattfinden, und zeigt, dass sowohl **digitale** als auch **gemeinschaftsbezogene Formate** wichtige Zugänge eröffnen können.

Abbildung 10: Könntest du dir vorstellen, dich für Respekt, ein gutes Miteinander und Demokratie in Lüneburg einzusetzen oder dabei mitzumachen? n=220

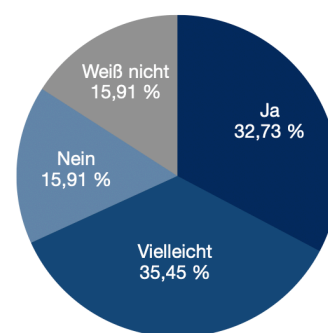
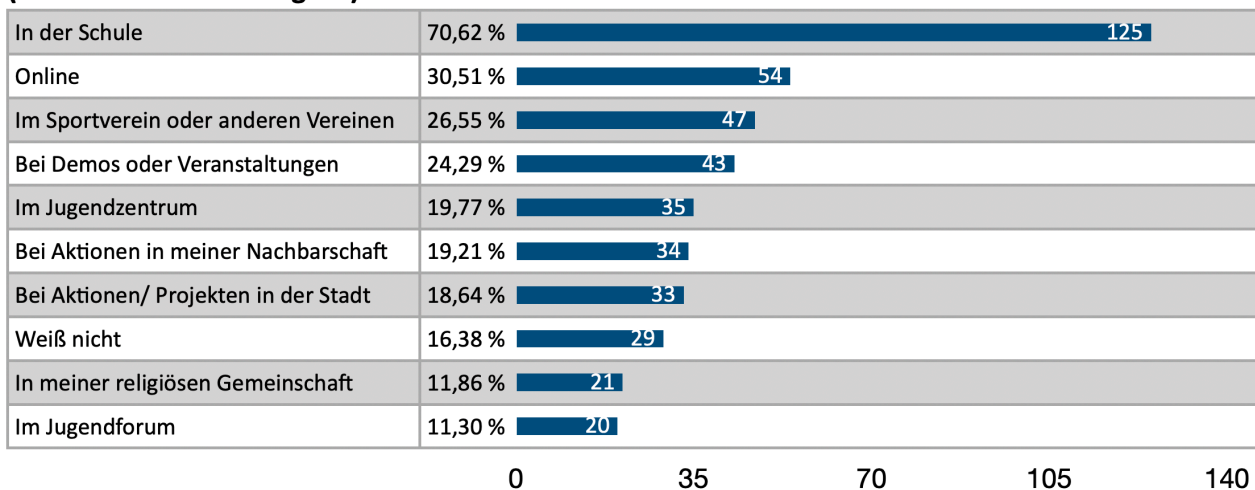


Abbildung 11: Wenn ja, wie oder wo könntest du dir vorstellen, mitzumachen? (Mehrfachauswahl möglich) n=177



Über die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen hinaus zeigt sich als zentraler Entwicklungsansatz, Angebote konsequenter von einer „Bring-Struktur“ zu einer „Geh-Struktur“ weiterzuentwickeln. Die Befunde zu selektiver Reichweite und „Bubble“-Effekten legen nahe, dass Beteiligung und Demokratieförderung stärker dort stattfinden sollten, wo Menschen ohnehin präsent sind. Erfolgreiche Ansätze setzen dabei darauf, Angebote gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu entwickeln und bestehende lokale Treffpunkte, Netzwerke und Strukturen, wie z.B. Quartiersmanagements, Jugendzentren, religiöse Gemeinden, Sportvereine oder informelle Gruppen, einzubeziehen.

Eine besondere Bedeutung wird auch dem **öffentlichen Raum** zugeschrieben. Aufsuchende und gut sichtbare Formate und Aktionen (z.B. an öffentlichen Orten wie Fußgängerzonen oder öffentlichen Plätzen) stellen geeignete Ansätze dar, um Brücken zwischen unterschiedlichen Milieus zu bauen und auch jene Gruppen zu erreichen, die sich von klassisch-politischen Angeboten nicht angesprochen fühlen.

*Zitat Expert*in: „Formate wie Tische in der Fußgängerzone mit Mitbringbüffet – darüber kann man viele Menschen erreichen. Das könnte noch ausgebaut werden.“*

Darüber hinaus gewinnt die **Stärkung dialogorientierter Formate** an Bedeutung, die unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven gezielt zusammenbringen. Vor dem Hintergrund zunehmender Polarisierung und einer Verrohung öffentlicher Diskurse werden moderierte Dialogräume als wichtig eingeschätzt, um konfliktbehaftete Themen konstruktiv zu bearbeiten. Dabei braucht es klare Gesprächsregeln, Schutzkonzepte und professionelle Begleitung. Solche Formate können einen Gegenpol zu dynamischen, häufig eskalierenden Debatten in digitalen Räumen bilden und zur Stärkung demokratischer Streitkultur beitragen.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt liegt in der **diversitätsorientierten Weiterentwicklung bestehender Beteiligungsformate**. Dies betrifft Sprache und Ansprache, aber auch Abläufe, Zeitfenster und Rahmenbedingungen. Kinderbetreuung, Übersetzungsangebote oder alternative Beteiligungsformen jenseits klassischer Sitzungsformate können Zugänge erleichtern. Gleichzeitig wird angeregt, bei der Weiterentwicklung systematisch zu reflektieren, **welche Perspektiven fehlen und warum** bestimmte Gruppen bislang nicht erreicht werden.

4. Fazit

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse zeigt, dass die Herausforderungen für demokratisches Zusammenleben in der Hansestadt Lüneburg nicht auf einzelne Vorfälle, Akteur*innen oder Sozialräume begrenzt sind. Vielmehr wird ein Gesamtbild sichtbar, das von miteinander verflochtenen Dynamiken geprägt ist: gesellschaftliche Polarisierung, veränderte Kommunikationskulturen, Diskriminierungserfahrungen, sozialräumliche Ungleichheiten sowie wachsende Unsicherheiten im Umgang mit Vielfalt und Konflikten.

Demokratierelevante Problemlagen zeigen sich in Lüneburg sowohl in sozial benachteiligten als auch in bildungsnahen und gutbürgerlichen Milieus. Der Unterschied liegt weniger im Vorhandensein entsprechender Einstellungen als in ihrer Artikulation und Sichtbarkeit. Damit wird deutlich, dass zunehmende Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Lüneburg kein Randphänomen darstellen, sondern Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen sind, die sich lokal jeweils spezifisch ausprägen.

Gleichzeitig verfügt Lüneburg bereits über eine tragfähige Basis an Ressourcen und positiven Ansatzpunkten. Die Erhebungen zeichnen das Bild einer äußerst engagierten Stadtgesellschaft mit zahlreichen Initiativen, Fachstellen und Netzwerken, die Demokratieförderung, Prävention, Bildungsarbeit und Antidiskriminierung seit Jahren aktiv vorantreiben.

Zugleich verdeutlicht die Analyse eine Spannung zwischen vorhandenen Ressourcen und begrenzten Zugängen. Viele Angebote und Teilnehmungsformate erreichen vor allem jene Gruppen, die bereits politisch interessiert oder institutionell angebunden sind, während andere Perspektiven im städtischen Teilnehmungsraum unterrepräsentiert bleiben. Die Interviews machen jedoch auch deutlich, dass gerade hier ein relevantes Potenzial liegt: Wo Formate aufsuchend, alltagsnah und in vertrauten Sozialräumen stattfinden, können sie Brücken zwischen Stadtteilen, Milieus und Zielgruppen schaffen und neue Teilhabewege eröffnen.

Besondere Dynamik entfalten die beschriebenen Entwicklungen im Zusammenspiel von Schule, Jugendbereich und digitalen Räumen. Demokratiefeindliche sowie rechtsextreme Haltungen und Vorfälle werden immer früher sichtbar und stellen pädagogische Fachkräfte vor große Herausforderungen. Gleichzeitig wird deutlich, dass diese Prozesse nicht isoliert als „Jugendphänomen“ zu betrachten sind, sondern eng mit gesellschaftlichen Deutungsmustern, familiären Kontexten und digitalen Räumen verknüpft sind.

In der Gesamtschau zeigt die Analyse, dass die Herausforderungen der Demokratieförderung in der Hansestadt Lüneburg weniger im Mangel an Einzelprojekten liegen, sondern vor allem in strukturellen Rahmenbedingungen begründet sind: projektförmige Logiken, begrenzte Absicherung, selektive Zugänge und eine bislang unzureichende Öffnung bestehender Teilnehmungsstrukturen. Die Ergebnisse unterstreichen damit die Notwendigkeit, Demokratieförderung nicht als punktuelle Intervention, sondern als Daueraufgabe zu verstehen, die an Alltags- und Lebenswelten anknüpft, Vertrauen aufbaut und unterschiedliche Perspektiven systematisch einbezieht.

5. Literatur- und Quellenverzeichnis

Ämtliche und kommunale Quellen

- Hansestadt Lüneburg – Bürger- und Migrationservice (2024): Bevölkerungsstatistik der Hansestadt Lüneburg zum 31.12.2024. Interne Statistik / Datenbereitstellung.
- Hansestadt Lüneburg (Hrsg.) 2024: NUMP Analysebericht, online verfügbar unter: https://www.hansestadt-lueneburg.de/_Resources/Persistent/9/b/f/e/9b-fe7f4606822a92ddc6003b66eaa079727e54d3/NUMP_Analysebericht_2024.pdf (zuletzt abgerufen am 11.01.2026).
- Hansestadt Lüneburg (2024): Aktionsplan Teilhabe und Antidiskriminierung. Lüneburg.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.) (2024): Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2023. Hannover.
- 75 Jahre Demokratie in Niedersachsen – Hansestadt Lüneburg, online verfügbar unter: [75-jahre-demokratie-in-niedersachsen.de](https://www.75-jahre-demokratie-in-niedersachsen.de). (zuletzt abgerufen am 12.08.2026).

Presse- und Onlinequellen

- Antifaschistische Recherche Lüneburg/Uelzen (2022): „Sturmvogel“ trällert in Lüneburg. Online verfügbar unter: <https://antifa-lg-ue.org/2022/08/02/sturmvogel-traellert-in-lueneburg/> (zuletzt abgerufen am 08.01.2026).
- DaBroMfld (basierend auf einer Arbeit von TUBS) (o. J.): Lüneburg im Landkreis Lüneburg [Karte]. Wikipedia. Lizenz: GNU-Lizenz für freie Dokumentation (GFDL 1.2 oder später). Online verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:L%C3%BCneburg_in_LG.svg (zuletzt abgerufen am 08.01.2026).
- Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) (2025): Bundestagswahl 2025 – Ergebnisse Hansestadt Lüneburg. Online-Datenpräsentation. Online verfügbar unter: <https://votemanager.kdo.de/20250223/03355022/praesentation/> (zuletzt abgerufen am 08.01.2026).

Wissenschaftliche Literatur

- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2024): AID:A 2023 Blitzlichter. Zentrale Befunde des DJI-Surveys zum Aufwachsen in Deutschland. Bielefeld: wbv Publikation.
- Greenberg, Pyszczynski & Solomon (2015): The Worm at the Core. On the Role of Death in Life. New York: Random House.
- LIfBi – Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (2023): Politisches Vertrauen während der Corona-Pandemie. Ergebnisse aus dem Projekt PEPP-COV. (LIfBi Forschung kompakt Nr. 6). Bamberg: LIfBi. Online verfügbar unter: https://www.lifbi.de/Portals/2/Publikationen/Transferberichte/LIfBi_Forschung_kompakt/LIfBi-Forschung-kompakt_06_PEPP-COV.pdf (zuletzt abgerufen am 08.01.2026).

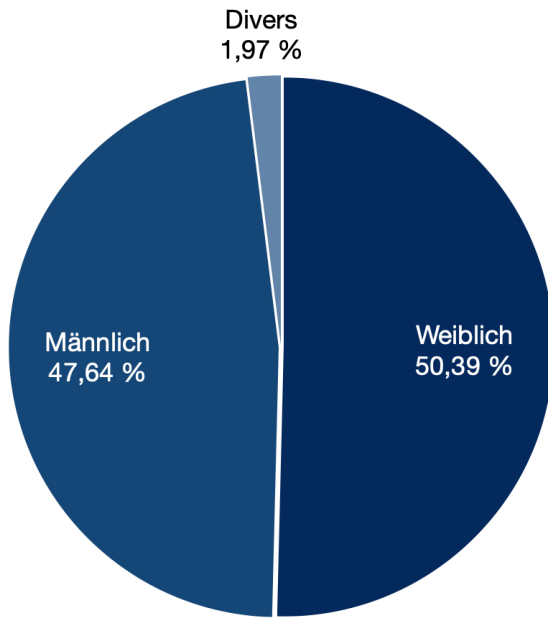
Institutionen und Programme

- JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, online verfügbar unter: <https://www.jff.de/> (zuletzt abgerufen am 08.01.2026).
- Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM): Medienkompetenz, online verfügbar unter: <https://www.nlm.de/medienkompetenz> (zuletzt abgerufen am 08.01.2026).
- Werkstatt der Mutigen, online verfügbar unter: <https://werkstatt-der-mutigen.org/> (zuletzt abgerufen am 08.01.2026).

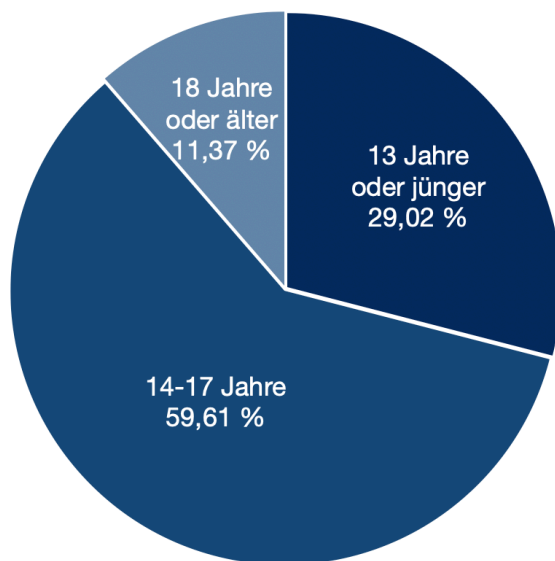
6. Anhang

Daten zu den Teilnehmenden der Onlineumfrage

6.1 Geschlecht (n= 254)



6.2 Alter (= 255)



6.3 Wohnort (= 256)

